# 16. Streitkräfte, Rüstungsindustrie und Konversion in der Südafrikanischen Republik

*Burkhardt J. Huck*

*Einleitung*

In den Verhandlungen zwischen Regierung und Vertretern der schwarzen Bevölkerungsmehrheit wurde die Zukunft der südafrikanischen Streitkräfte South African Defence Force SADF, der militärischen Verbände des African National Congress ANC, des Pan-Africanist Congress of Azania PAC oder der selbstständigen Homelands sowie der Rüstungsindustrie bisher zurückhaltend behandelt. Im Prozeß des Überganges sind Voraussagen über künftige Entwicklungen schwierig. Trotzdem soll im folgenden Aufsatz untersucht werden, welche Rolle die Streitkräfte im Prozeß des Übergangs spielen, welche Veränderungen der Wehrverfassung und Struktur sich abzeichnen und welche Konsequenzen sich daraus für die Entwicklung der Rüstungsindustrie ergeben.

Das strategische Konzept der SADF wurde seit dem Verbot des ANC und des PAC im Jahre 1960 grundlegend verändert. Aus einer konventionellen Armee, die hauptsächlich konzipiert war, um außerhalb des eigenen Territoriums im Rahmen von Militärallianzen und der Streitkräfte des Commonwealth eingesetzt zu werden, entwickelte sich eine auf Konflikte niedriger Intensität und Bekämpfung von Befreiungs- und Aufstandsbewegungen spezialisierte Armee, deren Operationsgebiet das eigene Territorium und die Grenzgebiete der Nachbarstaaten waren.

Weder die Resolutionen 181 und 182 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen von 1963, durch die alle Mitgliedstaaten der VN aufgefordert wurden, Waffenlieferungen an die RSA einzustellen, noch das im November 1977 durch die Resolution 418 verhängte Verbot jeglicher Lieferung von Waffen, Ersatzteilen oder entsprechend nutzbarem Gerät verhinderten, daß sich die Sicherheitskräfte zu einem militärischen Moloch entwickelten. In den späten achtziger Jahren lag die Präsenzstärke von SADF und der paramilitärischen South African Police SAP bei fast 160.000 Mann, die potentielle Mobilisierungsstärke wurde auf 500.000 bis 800.000 Mann geschätzt, der staatliche Rüstungskonzern Armscor beschäftigte über 30.000 Arbeitnehmer.

Seit der Unterzeichnung des Abkommens von New York durch die RSA, Kuba und Angola Ende 1988 und der damit verbundenen Unabhängigkeit Namibias, insbesondere aber seit der Aufhebung des Verbots des African National Congress und des Pan-Africanist Congress Anfang 1990, hat diese Streitmacht nicht nur ih-

ren Feind verloren, sondern mit dem Ende des Apartheidsystems auch ihre Ratio, die darin bestand, die weiße Vorherrschaft sicherzustellen.

## *I. Die South African Defence Force*

In dem noch immer gültigen Gesetz über die Streitkräfte der RSA, dem Defence Act von 1957, werden die Streitkräfte nicht nur mit der Verteidigung der Republik im Kriegsfall und zur Erfüllung von Büdnisverpflichtungen beauftragt, sondern auch mit der Verhütung bzw. Unterdrückung (suppression) bewaffneter Konflikte außerhalb der Republik, die nach Auffassung des Staatspräsidenten, der gemäß der Verfassung zugleich Oberbefehlshaber ist, die Sicherheit der Republik bedrohen könnten. Zusätzlich wird den Streitkräften die Aufgabe zugewiesen, Terrorismus zu verhüten bzw. zu unterdrücken, d.h. terroristische Aktivitäten in der RSA oder solche die gegen die RSA, ihre Behörden oder Einwohner gerichtet sind. Des weiteren haben die Streitkräfte die Aufgabe, Aufruhr in der RSA zu verhüten bzw. zu unterdrücken und Leben, Gesundheit und Eigentum sowie die Aufrechterhaltung der unentbehrlichen Dienste zu gewährleisten (essential services).[1]

Auf der Grundlage dieser gesetzlich definierten Aufgabenstellung wurden die SADF in den folgenden Jahren in stetig wachsendem Umfang eingesetzt, wenn es darum ging, Unruhen in der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu unterdrücken oder die subversiven oder militärischen Aktivitäten ihrer ins Exil geflohenen Führer im eigenen Land oder den Nachbarländern zu bekämpfen. Der Umfang der aktiven Streitkräfte und der militärischen Reserven erhöhte sich stetig nach dem Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialherrschaft in den Nachbarländern Angola und Mosambik 1974 und stieg sprunghaft an, nachdem 1980 im benachbarten Rhodesien die weiße Minderheitsherrschaft ein Ende gefunden hatte. In Folge der internen Unruhen nach der Verabschiedung der neuen Verfassung 1983, die die schwarze Mehrheit erneut ausschloß und den intensivierten Kampfhandlungen in Angola, wo fast 50.000 kubanische Soldaten an der Seite der Fapla kämpften, kam es zu einem weiteren sprunghaften Anstieg 1985. In jenem Jahr wurde der Ausnahmezustand über die meisten schwarzen Wohngebiete verhängt, der bis Februar 1990 in Kraft blieb.

Der Umfang der aktiven Streitkräfte bleibt nach den Statistiken des IISS in den Folgejahren in etwa gleich, die Reserven wuchsen jedoch 1988/89 und 1989/90 auf 455.000 bzw. 425.000 Mann bzw. Frauen an. 1990/91 ist ein Rückgang auf 77.400 bei den aktiven Streitkräften und auf 380.000 bei den Reserven festzustellen. Auch

---

1 *Minister of Defence (Republic of South Africa)*, Briefing on the Organisation and Functions of the South African Defence Force and the Armaments Corporation of South Africa, Limited, Cape Town 1990, S. 4.

*Tabelle 1: Entwicklung des Sicherheitsapparates in Südafrika 1974-1986*

**Entwicklung des Sicherheitsapparats in Südafrika 1974–1986[1]**

| Finanzjahr | Militärausgaben (i.Mio.R.) | in % BSP | Polizei-ausgaben (i.Mio.R.) | Wehrdienstzeit | aktives Militär-personal[2] | militär. Reserven | paramilit. Einheiten[4] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1974/75 | 692 | 3,2 | 119 | 9 Monate | 47450 | 72000 | 105397 |
| 1975/76 | 1044 | 4,1 | 153 | 12 Monate | 50500 | 151400 | 105397 |
| 1976/77 | 1408 | 4,9 | 168 | 18 Monate | 51500 | 151400 | 120397 |
| 1977/78 | 1712 | 5,1 | 177 | 18–24 Monate | 55000 | 165500 | 145500 |
| 1978/79 | 1751 | 4,2 | 204 | 24 Monate | 65500 | 173500 | 145500 |
| 1979/80 | 1965 | 4,5 | 221 | 24 Monate | 63250 | 135000 | 125500 |
| 1980/81 | 1890 | 3,1 | 245 | 24 Monate | 71000 | 155000 | 145500 |
| 1981/82 | 2465 | 4,4 | 310 | 24 Monate | 92700 | 157000 | 125500 |
| 1982/83 | 2668 | 3,7 | 482 | 24 Monate | 81400 | 157000 | 125500 |
| 1983/84 | 3093 | 4,1 | 564 | 24 Monate | 82400 | 157000 | 125500 |
| 1984/85 | 3755 | - | 796 | 24 Monate | 83400 | 157000 | 125500 |
| 1985/86 | 4722 | 4,2 | 954 | 24 Monate | 106400 | 317000[5] | 185500 |
| 1986/87 | 5120 | 3,5 | 1129 | 24 Monate | 106400 | 317000 | 185000 |

1) Nicht enthalten: Versteckte Sicherheitsausgaben in anderen Etatposten; Zivilangestellte der SADF (1985: 40000); SA-Polizei-Reserve (40000); Bahnpolizei (7000); Hilfspolizei (10000); Streitkräfte der unabhängigen ›Homelands‹ (3000); ›Homeland‹-Polizei (3000); SWA-Territorialstreitkräfte (21000); Polizei in Namibia (10000).
2) Permanent Force (Berufsarmee) und Conscripts on active duty (Wehrdienstleistende).
3) Citizen Force (Bürgerwehr). Nach 720 Tagen Reservedienst (über 12 Jahre verteilt) kommen Reservisten in die Active Citizen Force Reserve oder in die Commando Force.
4) Commandos (Landwehr); Air Commando; reguläre südafrikanische Polizei (SAP).
5) Ab 1985 wird nach aktiver Reserve (Citizen Force 150000) und nationaler Reserve der Teilstreitkräfte (167000) unterschieden.

*Quellen: IISS, The Military Balance 1974/75 ff. und Africa South of the Sahara 1974/75 ff.*

Quelle: Gerald Braun: Pretorias Prätorianer. - In: Der Überblick, Jg. 24 (Dezember 1987) Nr.4, S.42

1991/92 ist ein weiterer Rückgang auf 72.400 bzw. 360.000 verzeichnet. Diese Gesamtzahl verteilt sich wie folgt auf die Teilstreitkräfte: Heer: 49900, Marine: 4500, Luftwaffe 10000, Sanitätsdienst: 8000.

Der Rückgang bei den aktiven Streitkräften betrifft jedoch kaum den festen Kern von ca. 30.000 Berufssoldaten[2], sondern fast ausschließlich Wehrpflichtige. Letzteres ist teilweise auch direkte Folge der von Januar 1990 gültigen Reduzierung der Dauer der Wehrpflicht von 24 auf 12 Monate. Nach dem Ende des Wehrdienstes, zu dem alle weißen Männer vom 18 bis zum 55 Lebensjahr verpflichtet sind, sind in den folgenden zwölf Jahren maximal 720 Tage Dienst in der Bürgerwehr (citizen force) oder der Landwehr (commandos) vorgeschrieben. Dem schließen sich fünf Jahre bei der Reserve der Bürgerwehr an; bis zum 55 Lebensjahr schließlich geht die Dienstverpflichtung bei der Landwehr, der 12 Tage im Jahr nicht überschreitet.

Anfang der siebziger Jahre führte der Mangel an weißen Arbeitskräften dazu, daß die SADF mehr oder weniger gezwungen war, auch Schwarze einzustellen. 1975 wurden die ersten Schwarzen in ein gesondertes 21. Batallion der aktiven Streitkräfte aufgenommen. Dieses Batallion war nicht für Kampfeinsätze vorgesehen, sondern zur Ausbildung von Schwarzen für Unterstützungsaufgaben. 1978 wurde trotzdem eine Kompanie für Kampfeinsätze aufgestellt, das anschließend in Namibia eingesetzt wurde. Die Gesamtzahl der für Kampfeinsätze ausgebildeten Schwarzen in den aktiven Streitkräften beträgt etwa 1000-1700 Mann.[3] Das Weißbuch von 1986 gibt für die "rassische" Zusammensetzung der SADF folgende Prozentzahlen an: 76% Weiße, 12% Schwarze, 11% Farbige, 1% Asiaten. Schwarze sind in der Regel dem Heer zugeordnet, wo sie zum größten Teil Unterstützungsaufgaben erfüllen. Die wenigen, die für Kampfeinsätze herangezogen wurden, wurden ausschließlich der Infanterie zugeordnet. Gepanzerte Einheiten und Artillerie sind ebenso wie die Luftwaffe nur Weißen vorbehalten. Inder und Farbige wurden in die Marine übernommen. Etwa 20% des aktiven Personals der Marine von ca. 4200 Mann und 300 Frauen sind Inder oder Farbige.[4]

An dieser "rassischen" Zusammensetzung wird sich nach den Plänen des Verteidigungsministeriums auch vorerst nicht viel ändern. Das neue Personalplanungskonzept vom Dezember 1992 für die ständigen Streitkräfte der SADF sieht zwar den Dienst als Freiwillige für zwei Jahre, mit der Option einer Verlängerung bis zu

---

2 Sie verteilen sich wie folgt auf die Teilstreitkräfte: Heer: 19000, Luftwaffe: 7000, Marine 3600. Nach *International Institute for Strategic Studies (IISS)*, The Military Balance 1991/1992, London: Brassey's 1992, S. 143-144.

3 Mark V. *Kauppi*, The Republic of South Africa, in: Douglas J. *Murray* (ed), The Defense Policies of Nations, Baltimore, Md. et al.: Johns Hopkins University Press 1989, S. 506.

4 *Minister of Defence (Republic of South Africa)*, White Paper on Defence, Cape Town 1986, S. 18.

sechs Jahren vor, der "allen Bevölkerungsgruppen[5]" offensteht. Zugleich sieht die Planung der Teilstreitkräfte jedoch weitere Abstriche am Streitkräfteumfang vor:[6] 1.722 Stellen bei den aktiven Streitkräften, 530 Zivilbeschäftigte und 856 Stellen für allgemeine Assistenten (general assistants) sollen beim Heer bis zum 31.3.93 gestrichen werden. Bei der Luftwaffe stehen 1993 1328 Stellen und in den Folgejahren 757 bei den ständigen Streitkräften zur Disposition, dazu 1224 Stellen im Unterstützungsbereich im Jahr 1993 und weitere 326 in den Folgejahren. Die Marine will 450 Stellen streichen. Vor diesem Hintergrund sind wesentliche Veränderungen der "rassischen" Struktur kaum zu erwarten. Zudem ist geplant etwa 15% des aktiven Streitkräfteumfangs auf Lebenszeit zu beschäftigen. Durch diese Regelung werden möglicherweise die bis jetzt von Weißen besetzten Führungspositionen abgesichert. Das Personalplanungspapier gibt auch einen deutlichen Hinweis darauf, wo garantiert Nachfrage besteht: Im Sanitätsdienst.[7]

Auch an der Aufgabenstellung der SADF hat sich wenig geändert. "Im Gegensatz zur landläufigen Meinung hat sich die Rolle der SA Army seit dem 2. Februar 1990 (dem Tag an dem Präsident de Klerk das Verbot von ANC und PAC aufhob - der Verf.) nicht verändert."[8] Es wird auf die oben angeführten, im Defence Act genannten Aufgabenbereiche verwiesen und bekräftigt, "daß diese noch gültig sind und wahrscheinlich für das nächste Jahrzehnt gültig bleiben werden. ABER (BUT großgeschrieben im Original), die politischen Entwicklungen seit Februar 1990 haben zusammen mit dem Rückgang der Bedrohung von außen zu einer Verschiebung des Schwerpunkts von der konventionellen Rolle hin zu einer neuen Rolle geführt, nämlich der Gewährleistung der inneren Stabilität in Zusammenarbeit mit der Polizei Südafrikas. Das ist die einzige Veränderung der Funktion des Heeres. Das Heer sieht voraus, daß es für einige Zeit zur Aufrechthaltung von Gesetz und Ordnung eingesetzt werden wird, weil es unwahrscheinlich ist, daß das gegenwärtige Szenario von Verbrechen und Gewalt sich in den nächsten Jahren grundlegend verändern wird."

Über diese künftige Rolle ist "das Heer alles andere als erfreut". Sie wird aber für unausweichlich gehalten, "solange die Polizei Südafrikas nicht über ausreichend Personal verfügt, um mit dieser Situation fertig zu werden." Zugleich wird prophezeit, daß der parteipolitische Streit sich intensivieren wird, was bereits im voraus von Seiten des Heeres als völlig unberechtigt zurückgewiesen wird, "weil

---

5 Manpower Policy for the SA Defence Forces, Pretoria (mimeo) 1992, S .2. Nicht weiter gekennzeichneter Text, der auf einer Pressekonferenz des Oberkommandierenden und der Kommandeure der Teilstreitkräfte der SADF am 9. Dezember 1992 in Pretoria präsentiert wurde.

6 Zahlen nach den schriftlichen Fassungen der auf der Pressekonferenz von den Kommandeuren der Teilstreitkräfte präsentierten "briefings".

7 Ebenda.

8 Rationalisation and the South African Army, Pretoria (mimeo) 1992, S. 1. Text des "briefing" durch den Kommandeur der SA Army; die folgenden Zitate sind derselben Seite entnommen.

das Heer über alle Parteipolitik erhaben ist." Diese Feststellung steht in klarem Widerspruch zur bisherigen Funktion der SADF, "die zuallererst Instrument der weißen Herrschaft ist. Sie ist kaum eine soziale Einheit und in keinerweise ein getreues Spiegelbild der Gesellschaft, die sie 'verteidigt'. Die SADF neigte dazu, sich eng mit der Politik des herrschenden Flügels der Regierungspartei zu identifizieren."[9] Die Nationale Partei hat seit 1948 ohne Unterbrechung und ohne auf Koalitionspartner angewiesen zu sein die Regierung gestellt. Es war die Nationale Partei die unter D.F. Malan, H.F. Verwoerd, B.J. Vorster und P.W. Botha das System der Apartheid durch eine rigorose Politik verwirklicht hat. Unter der exekutiven Präsidentschaft von P.W. Botha, der als Verteidigungsminister in den siebziger Jahren die SADF zu einer modern ausgerüsteten, auf counter-insurgency spezialisierten Streitmacht formte, "gewannen die sicherheitspolitischen Institutionen (security establishment) und insbesondere die Streitkräfte Einfluß auf Kosten der anderen Institutionen."[10] Als F. W. de Klerk 1989 die Präsidentschaft von P.W. Botha übernahm, erbte er einen Sicherheitsapparat, in dem sein Einfluß gering war. "Er ist sein Leben lang ein Mann der Partei gewesen. Um die volle Kontrolle über den Regierungsapparat durchzusetzen muß er die von Botha ernannten Beamten auf den verschiedenen Ebenen des Sicherheitsapparates entlassen".[11]

Doch bis Mitte 1991 veränderte sich an der Zusammensetzung der Regierungsmannschaft und der höheren Beamtenschaft nur wenig. Im Juli 1991 wurden im wachsendem Umfang Einzelheiten über die "schmutzigen Tricks" von Armee und Polizei bekannt: Der Einsatz von Todesschwadronen zur Ermordung von Apartheid-Gegnern, die Einrichtung geheimer Fonds zur Finanzierung von Kampagnen gegen die Sanktionen und zur Diskreditierung des ANC, der Einsatz geheimer auf Counter-insurgency spezialisierter Einheiten von Armee und Polizei zur Bekämpfung oppositioneller Gruppierungen. Zudem wurde bekannt, "daß die Regierung noch immer die alten Methoden anwendet, um den ANC zu unterwandern, mit dem sie eben in Verhandlungen getreten war und daß sie schwarze Gruppierungen unterstützt, die in Opposition zum ANC stehen, insbeondere die Zulu-Organisation Inkatha".[12] Schließlich wurde bekannt, daß allein für das Jahr 1991 380 Millionen Rand für solche Aufgaben auf einem Geheimdienstkonto beim Ministerium der Finanzen bereitstehen. Erst jetzt blieb de Klerk keine andere Wahl, als den Forderungen des ANC nachzukommen und den Polizeiminister Vlok und den Verteidigungsminister Magnus Malan abzulösen, denen der ANC

---

9 Kenneth W. *Grundy*, The Militarization of South African Politics, London: Tauris 1986, S. 63.

10 Ebenda S. 32. Der Prozeß des Ausbaus und der Zentralisierung der Staatsmacht im 1972 eingerichteten State Security Council unter P.W. Botha ist in Kapitel III ausführlich dargestellt.

11 Kenneth W. *Grundy*, South Africa: Domestic Crisis and Global Challenge, Boulder, Col.: Westview Press 1991, S. 119.

12 David B. *Ottaway*, De Klerk Put at Risk, in: The Washington Post (24. Juli 1991), S.A1/A23.

"wiederholt Parteinahme für die Inkatha in den blutigen Auseinandersetzungen mit ANC-Anhängern vorgeworfen hatte, bei denen in den vergangenen Jahren mehr als 6000 Schwarze ums Leben kamen".[13] Doch es dauerte eine weiteres Jahr, in dem nochmal Tausende starben, bevor der neue, als gemäßigt geltende Minister für Gesetz und Ordnung, Hernus Kriel 13 der insgeamt 55 Generäle der SA Police entläßt und sich daran macht, die Ausbildung entsprechend internationalen Standards zu reorganisieren.[14] Zum ersten Mal in der Geschichte der RSA wurde ein Schwarzer zum General der Polizei ernannt.

Auch bis zur Auflösung von umstrittenen Einheiten der sogenannten Dritten Kraft[15] neben SADF und SA Police, der Spezialeinheiten (Special Forces) der SADF und der von ihnen organisierten geheimen Sondereinheiten (Special Units) wie etwa das Civil Cooperation Bureau vergehen über zwei Jahre. Die Spezialeinheiten arbeiten eng mit dem militärischen Geheimdienst (Directorate of Military Intelligence DMI) zusammen und waren vor allem in Angola und Mocambique aktiv.[16]

"Frühere Offiziere haben die praktische Immunität gegen Strafverfolgung und Unabhängigkeit vom Rest der SADF bezeugt."[17] Auch hier führt erst das Bekanntwerden eines Skandals dazu, daß die Regierung de Klerk aktiv wird. Nicht nur aus den Aussagen von Felix Ndimene, einem Mitglied eines aus ehemaligen Mitgliedern der rhodesischen Spezialeinheiten gebildeten "gemischtrassischen" Aufklärungsregiments, wird klar, daß ehemalige und aktive Mitglieder dieser Einheiten ein Netzwerk außerhalb der SADF aufgebaut haben, das für einige der bisher nicht aufgeklärten Terroranschläge verantwortlich ist.[18] Solche Terroran-

---

13 "De Klerk bildet die Regierung um", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (31. Juli 1991), S. 6.

14 Ray *Kennedy*, Pretoria sacks 13 Generals in Purge of Police Ranks, in: The Times (28. August 1992), S. 9.

15 Die "Third Force" ist keine offizielle Bezeichnung, sondern ein Begriff, der vom ANC geprägt wurde und seither von den Medien immer wieder benützt wird, wenn Einsätze der erwähnten Einheiten vermutet wurden.

16 Die Mannschaftsstärke der fünf Aufklärungseinheiten und des 32. "Buffalo" Batallions wird auf 4-5000 geschätzt. Vgl. "South Africa: Violence in Transition", in: Africa Confidential, Vol.33 (17. April 1992), No. 8, S. 2.

17 "South Africa: Genesis of the Third Force", in: Africa Confidential, Vol.32 (27. September 1991), No. 19, S. 2.

18 Die Anhörungen und Untersuchungen des "Ausschusses zur Vermeidung öffentlicher Gewalt und Einschüchterung" unter Vorsitz des Richters Richard Goldstone bringen seit Februar 1992 immer neue Skandale an den Tag. Etwa den Fall des 1985 ermordeten Anti-Apartheid-Aktivisten Matthew Goniwe, in dem die Spur des Mordauftrags direkt in das State Security Council führt. Der zuständige Generalstaatsanwalt für die östliche Kapprovinz ist jedenfalls davon überzeugt, daß der Mordauftrag an die "Hammer Unit" auf einer Sitzung des State Security Council, an der Außenminister Roelof Botha, Justizminister Kobie Coetsee und der damalige Verteidigungsminister Magnus Malan teilnahmen, bestätigt wurde. Alle Minister sind noch im Amt, Malan ist inzwischen Minister für Wasser- und Forstwirtschaft. Auch der Gründer der Einheit, der Chef des Directorate for Military Intelligence, Generalleutnant van der Westhuizen ist noch im Amt. Das obgleich bekannt wurde, daß das DMI im April 1992 zwei Mitarbeiter nach Lon-

schläge, wie etwa "die Massaker in Vorortzügen oder die wahllose Ermordung von Schwarzen, haben die möderderische Gewalt in den Townships angetrieben".[19]

Doch bis jetzt hat Präsident de Klerk dem Drängen des ANC nicht nachgegeben und General A.J. Liebenberg, der bis 1985 Kommandeur dieser Spezialeinheiten war, und ein Jahr nach dem Amtsantritt de Klerks vom Chef des Heeres zum Oberkammandierenden der SADF avancierte, von seinem Posten abzulösen. General Liebenberg überstand auch die bisher größte Säuberungsaktion der SADF im Dezember 1992.[20] Präsident de Klerk entließ zwar den Stabschef des Heeres, Generalmajor Hennie Roux und den stellvertretenden Chef der Aufklärungsabteilung des Heeresstabes Generalmajor Chris Thirion sowie 14 weitere hohe Offiziere. Der Heereschef Generalleutnant Georg Meiring und der bereits erwähnte Chef des militärischen Geheimdienstes Generalleutnant von der Westhuizen, die beide durch illegale Aktivitäten schwer belastet sind, blieben im Amt. Auch die von vielen erwartete und erhoffte Ablösung des Oberkommandierenden durch den Leiter der Untersuchung der geheimdienstlichen Aktivitäten der SADF, den Chef des Stabes, Generalleutnant Pierre Steyn, blieb aus. Auf der oben erwähnten Pressekonferenz der Führung der SADF hat Liebenberg die künftige Bedrohung nicht viel anders als der Chef des Heeres wie folgt beschrieben: "Die inneren Unruhen werden mindestens für das folgende Jahrzehnt anhalten. Der Schwerpunkt liegt jetzt auf solcher Art von Konflikt und nicht länger in der herkömmlichen (conventional) Bedrohung. Keine neue politische Ordnung wird jeden in Südafrika zufriedenstellen und deshalb ist das Beste, was wir hoffen können, daß die Mehrheit zufriedengestellt wird - nicht die äußerste Rechte oder Linke. Diese Art von Konflikt ist personalintensiv."[21]

## *II. Rüstung und Rüstungsindustrie*

### 1. Ausgaben für Verteidigung und Rüstung

Für die Verteidigungsausgaben der RSA liegen wie für die meisten Länder nur Annäherungswerte vor. So waren etwa die Ausgaben für Namibia nicht im Verteidigungshaushalt ausgewiesen. Unklar ist auch, wieweit in den Polizeiausgaben Aufwendungen für militärische Nachrichtendienste enthalten sind. Wahrscheinlich müssten auch Ausgaben für militärisch relevante Nuklearforschung dazugerechnet

---

don schickte, um den früheren Anführer eines Todesschwadrons (hit-squads) und später zum ANC übergelaufenen, Dirk Coetzee, mit Hilfe von Ulster-Terroristen zu liquidieren. Siehe dazu "South Africa: Looking through the Mirrors", in: Africa Confidential, Vol. 33 (31. Juli 1992), No. 15, S. 4-6.

19 Ebenda S. 1.

20 Norman *West*, Big SADF Purge, in: Sunday Times, 20. Dezmeber 1992, S. 1-2.

21 Speech by the Chief of the South African Defence Force, General A.J. *Liebenberg*, during a News Conference at the SA Army College at Voortrekkerhoogte, on 9 December 1992, S. 3.

werden. In den Statistiken des IISS werden die Verteidigungsausgaben etwa 10% höher angesetzt, als im Einzelhaushalt ausgewiesen. Selbst wenn diese Schätzung noch höher ausfiele[22] würde sich der Anteil der Ausgaben am Bruttosozialprodukt (BSP) bzw. am gesamten Staatshaushalt nicht signifikant verändern. Im Verhältnis zum BSP lag dieser Anteil in den letzten zwanzig Jahren zwischen 3 und 5 Prozent. Der Anteil des Verteidigungshaushaltes am Staatshaushalt lag im Haushaltsjahr 1987/88 bei 14,8% und im Folgejahr bei 16%. Inzwischen dürfte er auf 10% zurückgegangen sein. Sowohl in Bezug auf den Anteil am BSP, als auch am Staatshaushalt zeigen sich Proportionen, die für die meisten westlichen Industrieländer typisch sind. Der Anteil des Verteidigungsetats am BSP liegt etwa für das Jahr 1992 in Großbritannien bei 4%, in den USA bei 5,3%.

Statistiken über die Struktur der Verteidigungsausgaben, insbesondere von Verteidigungshaushalt und Polizeiausgaben wurden in der RSA bisher noch nicht veröffentlicht. Das betrifft sowohl die Verteilung der Mittel auf die Teilstreitkräfte[23] als auch die anteiligen Ausgaben für Personal, Betrieb, Bauten, Materialerhalt, Beschaffungen sowie militärische Forschung und Entwicklung. Die verteidigungsintensiven Aufwendungen, also die letztgenannten drei Ausgabenbereiche, können so nur geschätzt werden. In Staaten ohne strategische Rüstung, aber mit modernem konventionellem Potential wie etwa der Bundesrepublik Deutschland, Italien oder Schweden lag der Anteil für diese Bereiche (ohne militärische Bauten und Anlagen) am Verteidigungshaushalt in den späten achtziger Jahren zwischen 25 und 35 Prozent. Bezogen auf die RSA entspräche dieser Anteil Haushaltsmitteln von 2,5 bis 3,5 Milliarden Rand oder nach derzeitigem Wechselkurs von 1,4 bis 2 Milliarden DM.

---

22 Nach Signe Landgren etwa wären zu berücksichtigen: Ausgaben des Department for Public Work (Ausgaben für Bauten und Grunderwerb), Department of Finance (Ausgaben für die South-West Africa/Namibia Territorial Force bis zum Jahr 1990), Department of Community Development (Wohnungen für Militärpersonal) usw. "Nach Berichten der Vereinten Nationen liegen die tatsächlichen Verteidigungsausgaben wahrscheinlich um 30-35% höher als die im Verteidigungshaushalt ausgewiesenen Ausgaben". Signe *Landgren*, Embargo Disimplemented: South Africa's Military Industry, Oxford: Oxford University Press 1989 (Stockholm International Peace Research Institute SIPRI Publ.), S. 24-25.

23 Auf der erwähnten Pressekonferenz der SADF (Fn 5) wurden zum ersten Mal Zahlen für die Luftwaffe genannt: Im Jahr 1988 hatte sie 775 Flugzeuge im Bestand, verfügte über 12 Basen und beschäftigte 13500 Personen. Die Zahl der Flugstunden betrug 110 000, der Finanzaufwand 5,6 Milliarden Rand. Die Zahlen für 1992: 617 Flugzeuge, 11 Basen, 86200 Flugstunden, 12600 Beschäftigte, 3,7 Milliarden Rand.

*Tabelle 2: Verteidigungsausgaben und BSP (in Millionen Rand)*

| Jahr | Verteidigungs-haushalt | Polizei-ausgaben | Bruttosozial-produkt | Anteil in % | Inflati-onsrate |
|---|---|---|---|---|---|
| 1974/75 | 692 | 119 | | | |
| 1975/76 | 1044 | 153 | | | |
| 1976/77 | 1408 | 168 | | | |
| 1977/78 | 1712 | 177 | | | |
| 1978/79 | 1751 | 204 | | | |
| 1979/80 | 1965 | 221 | | | |
| 1980/81 | 1890 | 245 | | | |
| 1981/82 | 2465 | 310 | | | |
| 1982/83 | 2668 | 482 | | | |
| 1983/84 | 3093 | 564 | | | |
| 1984/85 | 3755 | 796 | | | |
| 1985/86 | 4722 | 954 | 120.180 | 3,0 | 16,2 |
| 1986/87 | 5120 | 1129 | 139.700 | 3,7 | 18,6 |
| 1987/88 | 6680 | 1530 | 164.460 | 4,1 | 16,1 |
| 1988/89 | 8090 | 1800 | 191.260 | 4,3 | 12,9 |
| 1989/90 | 9940 | k.a. | 232.532 | 4,2 | 14,7 |
| 1990/91 | 10309 | k.a. | 262.650 | 3,8 | 14,4 |
| 1991/92 | 9700 | k.a | 296.670 | 3,6 | 15,3 |

Zusammengestellt nach *IISS*, The Military Balance 1992/93

## 2. The Armaments Corporation of South Africa (Armscor)

Diese Haushaltsmittel entsprechen in etwa den Umsätzen des staatlichen Rüstungskonzerns Armscor, der zugleich als zentrales Beschaffungsamt fungiert. Die Beschaffungsaufträge (acquisition portfolio) an Armscor stiegen von 1178 Millionen Rand im Jahr 1980 auf 1865 im Jahr 1985 und durchschnittlich 2500 in den Folgejahren. Für 1989 werden 4845 Millionen Rand angegeben.[24] Wenn, wie der Verkaufsdirektor Ferdi Stark angibt[25] ca. 15% der Produktion exportiert werden,

24 Briefing on the Organisation... wie Fn.1, S.66.

25 Paul *Lewis*, S. African Industry Targets Asia, in: Defense News (28. September 1992), S. 1 und 34.

entsprechen die angegebenen Summen in etwa dem oben geschätzten Umfang der Aufwendungen für Beschaffungen durch die SADF.

Die Gründung der Armaments Corporation of South Africa Ltd. im Jahr 1968 war eine direkte Folge der Resolution 181 der Vereinten Nationen vom August 1963 und den kurz darauf einsetzenden Bemühungen ein obligatorisches Waffenembargo gegen die RSA zu verhängen. Durch das Gesetz über Entwicklung und Produktion von Waffen (Gesetz 57 von 1968) wurde Armscor mit Vollmachten ausgestattet, die nicht nur alle Bereiche der Entwicklung, Instandhaltung und Produktion von Waffen und Gerät für die SADF umfasst, sondern auch deren Verkauf im In- und Ausland. Armscor wurde dadurch zudem autorisiert im In- und Ausland entsprechendes Know-How und Material zu aquirieren, d.h. das Embargo zu brechen.

Nicht nur die oben genannten Zahlen für den Export belegen, wie erfolgreich Armscor diese Vollmacht nutzte, sondern auch die Produkte, die die SADF in Stand setzten, mit modernen Waffen unter extremen Einsatzbedingungen zu kämpfen. Die Basis bildeten Waffen und Gerät, die in den sechziger Jahren bei den Teilstreitkräften im Einsatz waren und von Armscor ständig modernisiert und teilweise neu konzipiert wurden.[26]

Das waren beim Heer etwa das britische Artilleriesystem vom Typ UK 5.5; die weiter reichende südafrikanische Version wird G2 genannt. Ebenfalls britischen Urpsrungs sind die Kampfpanzer vom Typ Centurion, die mehrfach zu Olifants modernisiert und kampfwertgesteigert wurden. Die gepanzerten Infanteriefahrzeuge vom Typ Eland 60 bzw. 90 basieren auf der Lizenzproduktion der französischen Panhard AML/60 bzw. AML/90.

1992 verfügte das Heer über 250 Centurion/Olifant 2B Kampfpanzer, 1600 gepanzerte Aufklärungsfahrzeuge vom Typ Eland-60/-90 bzw. Ferret Mk2, 1500 Schützenpanzer vom Typ Ratel und 1500 gepanzerte Manschaftswagen vom Typ Buffel. Ratel und Buffel sind südafrikanische Eigenentwicklungen aus den siebziger Jahren. Von den 350 Artilleriegeschützen sind 75 vom Typ G-2 und 250 vom Typ G-5 (155mm), das eine Reichweite von 40km hat.[27] Dazu kommen etwa 40 selbstfahrende Geschütze vom modernsten Typ G-6. Die 120 Mehrfachraketenwerfer vom Typ Valkiri mit 24 Abschußrohren wurden auf der Basis von in Angola

---

26 Die folgenden Zahlen für die Teilstreitkräfte sind zusammengestellt aus *IISS*, The Military Balance 1992-93, S. 209-210 und aus den entsprechenden Kapiteln von Helmoed-Römer *Heitman*, South African Armed Forces, Cape Town: Buffalo Publications 1990. Vgl. dazu auch die Tabelle "South Africa's Sources of Arms Production Technology", in: Michael *Brzoska*, South Africa Evading the Embargo, in: M. *Brzoska*/ T. *Ohlsen* (eds.), Arms Production in the Third World, London: Taylor and Francis 1986 (SIPRI Publ.), S. 202.

27 Das Artilleriesystem G-5, das stets als eigenständige südafrikanische Entwicklung dargestellt wird, ist das Ergebnis eines vielfältigen, heimlichen Technologietransfers durch Armscor bzw. verdeckte Auslandsgesellschaften von Armscor. Siehe dazu Signe *Landgren*, Embargo Disimplemented, S. 88-93.

erbeuteten sowjetischen Systemen BM-21 entwickelt. Zum Arsenal zählen außerdem etwa 4000 Mörser vom (Kaliber 81mm) und 120 (Kaliber 120mm). Die Zahl der Panzerabwehrlenkraketen vom Typ Swift und der Abschußgeräte ist ebenso unbekannt wie die der Boden-Luft-Raketen vom Typ SA-7/-14, die wahrscheinlich in Angola erbeutet wurden. Für die Luftabwehr stehen über 600 Flakgeschütze (Kaliber 20-35mm) und 150 Zwillingsflakgeschütze vom Typ GDF-002 bereit.

Im Inventar der Luftwaffe finden sich 75 leichte Kampfflugzeuge vom Typ Impala, die unter italienischer Lizenz in Südafrika produziert wurden, 29 französische Kampfbomber Mirage F1AZ, ein Geschwader mit 12 Mehrrollen-Kampfflugzeugen Cheetah E, einer südafrikanischen Weiterentwicklung der Mirage III sowie ein Geschwader mit 14 Mirage F-1CZ Jagdflugzeugen. Sie ist außerdem mit einem Geschwader von 4 Boeing 707-320 für die elektronische Kriegsführung ausgerüstet, mit drei Transportgeschwadern (7 amerikanische Hercules C-130 B, 9 Transall C-160 u.a.20 anderen Modellen) sowie mit sechs Geschwadern mit je 63 französischen Alouette SA-316/-319 (davon einige zu Kampfhubschraubern modifiziert) bzw. SA-330 Hubschraubern. Auch unter den Luft-Boden- bzw. Luft-Luft- und Boden-Luft-Raketen sind vor allem ausländische (Sidewinder AIM-9, R-530, R-550 Magic) bzw. aus solchen Modellen entwickelte südafrikanische Varianten (V-3a Kukri, Cactus, Tigercat) zu finden.

Auch die Marine, die ausschließlich für den Küstenschutz konzipiert ist, ist fast ausschließlich mit ausländischen Systemen bzw. aus solchen abgeleiteten südafrikanischen Varianten ausgerüstet. Die drei U-Boote entsprechen der französischen Daphne-Klasse, das Gros der Minenleger ist der britischen Ton-Klasse zuzurechnen und die neun Raketenschnellboote der Minister-Klasse sind israelischen Reshef-Modelle. Die zwei Fregatten zur U-Bootbekämpfung der Klasse "President" stammen aus eigener Produktion.

Entsprechend den umfangreichen Aktivitäten, die nötig wurden, um dieses Arsenal von zum Teil vor über 30 Jahren konzipierten Waffenplattformen einsatzbereit zu halten, gliederte sich Armscor in elf Beschaffungsbereiche. Außerdem wurde ein Geflecht von staatlichen Produktionsunternehmen sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen aufgebaut. "Im Jahr 1989 beschäftigte der staatliche Konzern direkt 23000 Personen und etwa 100000 Personen im privaten Sektor. Das heißt, daß über 10 Prozent der Arbeitsplätze der verarbeitenden Industrie Südafrikas von der Rüstungsindustrie abhängen."[28] Die Verteilung der direkt Beschäftigten auf den administrativen Bereich bei Armscor und die Magic Eleven,[29] das sind die zehn Produktionsunternehmen sowie das Forschungslabor Houwteq,

---

28 Ron *Matthews*, The ARMSCOR Paradox, in: RUSI Journal, Vol. 134 (Winter 1989) 4, S. 40.

29 James P *McWilliams*, Armscor - South Africa's Arms Merchant, London: Brassey's 1989, S. 60.

ist nicht bekannt. Das gilt ebenso für die Produktionsanteile von zusammen 70%, die an nahezu 1000 private Auftragnehmer vergeben werden.[30]

Im April 1992 wurden 23 der insgesamt 26 Tochtergesellschaften von Armscor zur selbstständigen Unternehmensgruppe Denel zusammengefasst. Für den neuen Konzern ist nicht mehr das Verteidigungsministerium, sondern das Ministerium für Unternehmen der öffentlichen Hand (Ministry of Economic Co-operation and Public Enterprises) zuständig. Der neue Konzern soll 15000 Personen beschäftigen.[31] Die Zahl der Beschäftigten bei Armscor ist seit 1989 um 10000 verringert worden. Im Herbst 1991 wurde die Entlassung von weiteren 5000 Beschäftigten bis zum Jahresende angekündigt.[32] Davon sollen 500 in der Konzernzentrale und 4500 in den Tochtergesellschaften betroffen sein. Proportional dazu dürften in der Zulieferindustrie etwa seit 1989 weitere 60000 Arbeitsplätze verloren gegangen sein. Nach der Neugliederung dürften etwa 1000 Beschäftigte bei Armscor bleiben. Armscor fungiert seit der Ausgliederung von Denel ausschließlich als nationale Beschaffungsbehörde, vergleichbar dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung der Bundserepublik Deutschland. Armscor hat allerdings die zusätzliche Aufgabe, wehrtechnische Exporte zu kontrollieren und über das bisherige Vertriebsnetz abzuwickeln.

### 3. Rüstungsexporte statt Konversion

Die Denel-Gruppe ist nicht nur eine einfache Holding, sondern eher eine dem französischen Staatskonzern GIAT (Groupement des industries des armements terrestres) vergleichbare Zentralverwaltung. Die bisherigen Tochtergesellschaften von Armscor sind bei Denel den vier Geschäftsbereichen Aerospace, Systems, Manufacturing und Engineering Services zugeordnet. Die Aerospace-Group besteht aus dem Luft- und Raumfahrtunternehmen Simera, in das die zivilen Bereiche der Atlas-Flugzeugwerke aufgegangen sind, die Atlas Flugzeugwerke, die Houwteq-Labors und die Testanlagen Overberg in der Kapregion. Unternehmen für elektronische Steuerungs- und Ortungssysteme (Kentron), optische und optoelektronische Komponenten (Eloptro), Schwer- und Spezialmaschinenbau d.h. G-5 und G-6, Geschütztürme (LIW), Jagd- und Sportwaffen (Musgrave) und Ingenieurleistungen (Mechem) bilden die Systems-Group. Der merkwürdige Name Manufacturing-Group steht für Unternehmen die pyrotechnische Produkte (Swartklip), Treibladungen und Spezialchemikalien für Munition (Somchem), Munitionsteile (PMP) oder elektro-mechanische Systeme und metallurgische Pro-

30 Die Zahl von 975 Auftragnehmern in der privaten Industrie wird von Armscor immer wieder genannt und unisono in Presse und Fachliteratur zitiert.

31 Auch diese Zahl wird unisono in der Presse zitiert. Hier nach Anita *Allen*, Cannons into Cans, in: The Star (Johannesburg) (17. September 1992), S. 13.

32 Armscor to Cut 5000 Personnel, in: Jane's Defence Weekly (12. Oktober 1991), S. 678.

dukte (Advena) herstellen. Den Engineering Services sind Unternehmen für den Maschinen- und Fahrzeugbau (Gennan, Gerotek), Projektmanagement (DMS), Systemanalyse, Logistik und Ballistik (Mexa), Technologiemenagement oder Qualitätskontrolle zugeordnet.

Ein weiterer Geschäftsbereich umfasst Unternehmen, die auf Informatik und Datenverarbeitung spezialisiert sind. Daneben gibt es noch die Geschäftsfelder Marketing, Finanzen und Unternehmensplanung (Corporate Planning).

Die Strukturierung in Geschäftsbereiche bei Denel ähnelt der vieler Konzerne, die versuchen vielfältige Hochtechnologieaktivitäten unter einem Konzerndach zu integrieren. Die entsprechende Organisationsstruktur kommt nicht ohne eine starke Zwischenschicht an mittlerem Management aus, das sind bei Denel die Direktoren der acht Einzelgruppen. Die Entscheidungswege von den Einzelunternehmen der Geschäftsbereiche zur Konzernleitung und umgekehrt verlängern sich dadurch. Bisher ist noch nicht einmal ansatzweise erforscht, inwieweit Konversion als Teil der strategischen Unternehmensplanung Flexibiltät gerade in diesem Bereich voraussetzt. Als Problem soll es hier jedoch angedeutet werden.

Der überwiegende Teil der Unternehmen und Betriebe von Denel ist im südlichen Transvaal angesiedelt. In der Region um Pretoria, Johannesburg, die Reef-Städte und Vereeniging ist mehr als 50% der Industrie Südafrikas angesiedelt.[33] Der Anteil der rüstungsabhängig Beschäftigten an der Zahl der insgesamt in der verarbeitenden Industrie Beschäftigten dürfte deshalb in der industriellen Zentralregion im südlichen Transvaal höher liegen, als der auf die ganze Republik bezogene Anteil von 10%. Die wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen für Konversion sind ungünstig. Der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttosozialprodukt, der von 18% im Jahr 1975 auf fast 21 Anfang der achtziger Jahre angestiegen war, ist 1990 wieder auf die Ausgangsposition zurückgefallen und dürfte inzwischen noch weiter gesunken sein.[34] Die makroökonomischen Daten sind erschreckend: Die Industrieproduktion ist gegenüber 1980 um knappe 10% gestiegen, der Pro-Kopf-Anteil am BSP von 2780 US-Dollar auf ca. 2550 gefallen. 1991 wurde ein weiterer Rückgang um 2,5% bei einem Wirtschaftswachstum von einem halben Prozent erwartet. Der Anteil der Investitionen am BSP ist von 27% in den siebziger Jahren über 24% in den frühen achtziger Jahren auf 19% in den späten

---

33 Daran haben auch die verschiedenen Programme der Regierung nicht viel geändert, die darauf abzielten durch Industrieansiedlungen in den Grenzgebieten zu den Homelands und später auch in den Homelands selbst, den Zuzug von Schwarzen in die "weißen" Industriegebiete zu drosseln. 1985 wurde der Physical Planning Act von 1967 aufgehoben. Dieses Gesetz legte Höchstgrenzen fest für die Porportion von schwarzen zu weißen Beschäftigten in Betrieben in bestimmten weißen städtischen Gebieten. Vgl. Leo *Katzen*, South Africa - Economy, in: Africa South of the Sahara 1992, London: Europe Publishers 1992, (21. Auflage) S. 926.

34 *United Nations Industrial Development Organisation (UNIDO)*, Industry and Development. Global Report 1989/90, Wien: UNIDO 1989, S. A-88.

Achtzigern gefallen. Die Sparquote der privaten Haushalte lag 1990 bei nur noch 3%. Die Prognosen gehen zudem von einem Anwachsen der Arbeitslosenheeres von 5,5 im Jahr 1991 auf 7,2 Millionen im Jahr 1995 aus; die Arbeitslosenquote wird dann bei fast 50% liegen.[35]

Wie vor diesem Hintergrund die Absichtserklärungen des Management von Denel, den bisherigen Anteil der zivilen Produktion von 15% innerhalb von nur 5 Jahren auf einen Anteil von 70% zu steigern,[36] Realität werden sollen, bleibt schleierhaft, zumal den Erklärungen kein Konzept folgte. Als Beispiele für gelungene Konversion wurden etwa genannt: Kricketschläger aus einer Produktionslinie für Gewehrkolben, nahtlose Bierdosen aus hochwertigem Stahl für das G-5 Geschütz, Nitrocellulose für den Bergbau aus einer Produktionsstätte für Raketentreibstoff, extrem haltbare Röhren aus Verbundstoffen für den Flugzeugbau u.ä.[37] Offen ist, ob es sich nicht einfach um Produkte von Diversifikation handelt, d.h. einer Ausweitung bisheriger ziviler Geschäftsfelder ohne Einbeziehung militärischer Produktionskapazitäten. 1990 wurde mit nichtmilitärischen Produkten ein Umsatz von 130 Millionen Rand erreicht und eine Steigerung auf 750 Millionen Rand bis zum Jahr 1995 angekündigt.[38] Diese Umsatzzahlen entsprächen weder dem oben genannten aktuellen Anteil von 15% noch dem angestrebten Anteil von 70%. Die Bekanntgabe von unterschiedlichen Zahlen ist typisch für Armscor wie für Denel. Bis heute wurde kein Geschäftsbericht veröffentlicht.

So unterschiedlich die Mitteilung an die Presse durch Sprecher der Holding und aus den Einzelunternehmen auch ausfallen, Konversion wird allem Anschein nach bei Denel nicht ernsthaft geplant. Man hofft vielmehr auf eine weitere Belebung des Geschäftes durch Rüstungsexporte auch unter dem noch gültigen UN-Waffenembargo. Man setzt insbesondere auf die G-5 und G-6 Geschütze, den modernen Kampfhubschrauber Rooivalk, den selbst die SADF in den nächsten Jahren wohl kaum beschaffen kann, das 8x8 angetriebene gepanzerte Kampffahrzeug Rooikat, das nur in kleiner Stückzahl bei der SADF zu finden ist, auf Valkiri, die Drohne Seeker, das Panzerabwehrsystem ZT3 oder den Kampfpanzer Olifant. Das bestehende Embargo wird weiter umgangen und gebrochen und das wird auch öffentlich und stolz verkündet. Etwa von Paul Beaver in einem in Südafrika von der Presse mehrfach zitierten Aufsatz in Jane's Defence Weekly, in dem er daraufhin-

35 "South Africa I: The Economic Battlefield", in: Africa Confidential, Vol.32 (22. November 1991), Nr. 23, S. 1-2.

36 Die Bezugsgröße dieses Anteils wird im allgemeinen nicht genannt; normalerweise bezieht er sich auf den Umsatz. Bei einer Ausweitung der zivilen Produktion und entsprechender Erhöhung des Umsatzes, kann bei gleichbleibendem Umsatz durch militärische Produktion der Anteil geringer ausfallen. Die Bezugsgröße ist also unscharf, wird aber durchweg als Absichtserklärung, den militärischen Produktionsanteil zu senken, verstanden.

37 *Allen*, Cannons into Cans.

38 Curt *von Keyserlingk*, R130m from Armscor's Non-Military Production, in: Sunday Times, 14. April 1991, S. 14.

weist, daß Armscor Kunden in 32 Ländern hat und daß Geschütze vom Typ G-5 in Marokko, Irak und möglicherweise im Sudan im Einsatz sind.[39] Die übrigen 29 Kunden sind nach wie vor unbekannt. Dasselbe Heft ist übrigens voller martialischer Inserate für Denel-Produkte. Im Februar 1991 schätzte der Chefökonom der Nedbank, Edward Osborn, daß der unerwartet hohe Außenhandelsüberschuß von 5 Milliarden Rand für das Jahr 1990 zum überwiegenden Teil auf Rüstungsexporte im Wert von 1,7 Milliarden Rand zurückzuführen ist.[40] Gegenüber Exporteinnahmen von 500 Millionen Rand im Jahr 1988 und 600 im Jahr 1989 wäre das eine Steigerung um fast 350 bzw 300%.

Im Juli 1991 erwartete Denel Exporterlöse zwischen 2 und 2,5 Milliarden Rand und das bei einem erwarteten Gesamtumsatz von 2,9 Milliarden Rand für das Jahr 1991.[41] Es ist bis heute ungeklärt, wie unter einem bestehenden Embargo, das Waffenlieferungen nach und aus Südafrika verbietet, Exporte solchen Umfangs stattfinden konnten und immer noch können. Ob sich die Erwartungen von Denel erfüllt haben, wird deshalb wohl nicht bestätigt werden. In der einschlägigen Presse finden sich jedenfalls keine Nachrichten über Verkaufsabschlüsse dieser Höhe. Das einzige bisher bestätigte Geschäft wurde mit dem Irak in den achtziger Jahre abgewickelt. Im August 1990 wurde bekannt, daß 100 bis 200 Geschütze vom Typ G-5 zum Stückpreis von 2,5 Millionen Rand an den Irak geliefert wurden und die Bezahlung noch aussteht.[42] In den folgenden Monaten kam es ungeachtet des noch immer bestehenden Embargos, das Verkäufe an und aus Südafrika verbietet, zu zahlreichen Anfragen aus den Anrainerstaaten. Es bleibt offen, ob Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate gegen das Waffenembargo der VN verstoßen haben. Das dürfte von den Vereinigten Staaten kaum geduldet worden sein. Die Vereinigten Staaten haben im Oktober 1991 wegen Verstößen gegen das Missile Technology Control Regime MTCR ein zweijähriges umfassendes Handelsverbot gegen Armscor und Denel erlassen.[43] Im Frühjahr 1992 kam es in Washington zu einem Prozeß gegen zwei amerikanische Geschäftsleute, die Navi-

---

39 Paul *Beaver*, Coming out of Exile, in: Jane's Defence Weekly (30. Mai 1992), S.941; in diesem Aufsatz zitiert Beaver auch Äußerungen von Seiten des Unternehmens LIW (Lyttleton Engineering Works), das die G-5 und G-6, aber auch Handfeuerwaffen herstellt. "Das Unternehmen erklärte gegenüber JDW, daß das direkte Unternehmensziel nicht nur die Belieferung der SADF, sondern die Aufstockung des Anteils am internationalen Rüstungsmarkt ist...Rüstungskonversion gehört offensichtlich nicht zu den unmittelbaren Prioritäten von LIW" (S. 944).

40 "Up in Arms About Exports", in: Financial Mail, Jg. 119 (1. Februar 1991), Nr. 5, S. 33.

41 Don *Robertson*, Denel Raises Export Forecast to R2, 5 bn, in: Sunday Times (19. Juli 1991), S. 4.

42 "Govt Silent on Claim of Iraqi Debt to SA", in: Business Day (Johannesburg) (16. August 1990), S. 3. Im Februar 1991 berichtete The Weekly Mail, daß der unerwartet hohe Aushandelüberschuß für 1990 möglicherweise auf Zahlungen durch den Irak im Oktober 1990 zurückzuführen sei, vgl. "Arms for Iraq: The Real Evidence", S. 10.

43 "Armscor New in the Latest US Ban", in: Sunday Times (13. October 1991), S. 6.

gationssysteme und Steuerungsgyroskope für Raketen im Wert von mindestens 50 Millionen US-Dollar an Armscor geliefert haben. Die südafrikanische Regierung bot den Schmugglern Asyl an, einem gelang es nach Südafrika zu fliehen, der andere wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt.[44]

Bei Denel weiß man, daß das UN-Waffenembargo die Sanktion gegen das Apartheid-Regime ist, die als letzte fallen wird. Selbst dann bleibt jedoch offen, wie eine Übergangsregierung sich gegenüber der Rüstungsindustrie verhalten wird. Calvin Khan, persönlicher Assistent von Joe Modise, Kommandeur des MK, hat wenig übrig für Argumente, die für den Erhalt und Ausbau der bestehenden Rüstungsindustrie, die Stärkung der Fähigkeit zur Verteidigung und zum Wettbewerb auf den internationalen Märkten vorgebracht werden: "Diese Argumente lassen die Frage der politischen und moralischen Legitimität der Rüstungsindustrie unberücksichtigt. Außerdem ignorieren sie die wirklich drängenden Probleme des sozio-ökonomischen Wiederaufbaus, der notwendig wird, wenn der Übergang zur Demokratie erfolgreich sein soll." Khan schlägt vor, die Rüstungsindustrie entweder vollständig abzuschaffen oder auf ein Maß zu reduzieren, daß sie den begrenzten Bedarf zur Verteidigung der künftigen Demokratie decken kann. Durch ein ausgewogenes Vorgehen soll sichergestellt werden, "daß das technische und wissenschaftliche Potential der bestehenden Rüstungsindustrie konstruktiv eingesetzt wird, sowohl für die Verteidigung der künftigen Demokratie als auch für die Transformation der nationalen Volkswirtschaft mit dem Ziel, die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit zu befriedigen.[45]" Ein entsprechendes Konzept hat der ANC bisher nicht vorgelegt. Entsprechende Pläne könnten jedoch von der Gewerkschaft der Metallarbeiter und dem Dachverband Cosatu unterstützt werden. Vorerst weist der Sekretär der Gewerkschaft der Metallarbeiter in einem Beitrag über Konversionmöglichkeiten bei Denel ausdrücklich daraufhin, daß das seine persönlichen Ansichten sind, die nicht innerhalb der Gewerkschaft und von Cosatu diskutiert wurden.[46]

## 4. Nuklearpotential und Trägersysteme

Am 15. Dezember 1989 ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Berichte untersuchen zu lassen, die zu dem Schluß kommen, daß die Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika zur Entwicklung von Raketen mit Atomsprengköpfen geführt hat. Der Untersuchungsbefund, den eine

---

44 Simon *Barber*, SA Bid to Block Trial of Arms Smuggler Disclosed, in: Business Day (12. Juni 1992), S. 5.

45 Calvin *Khan*, Thoughts on the Future of the South African Armaments Industry, in: South African Defence Review, Nr. 7, 1992, S. 27.

46 Bernie *Fanaroff*, A Trade Unionist Perspective on the Future of the Armaments Industry in South Africa, in: South Africa Defence Review, Nr.7 (1992), S. 10-14.

Expertengruppe unter Vorsitz von Shahram Chubin im Herbst des folgenden Jahres vorlegte, kommt zu dem Ergebnis, daß sich nicht genau feststellen läßt, was Südafrika von Israel erhalten hat: Eine komplette israelische Mittelstreckenrakete vom Typ Jericho II im Austausch gegen angereichertes Uran oder lediglich technische Entwicklungshilfe, etwa für das Steuerungsystem.[47]

Fest steht, daß am 5. Juli 1989 vom Armscor-Testgelände Overberg eine Mittelstreckenrakete gestartet wurde und über 1450 km zurücklegte, bevor sie im indischen Ozean niederging. Amerikanische Satellitenaufnahmen zeigten, daß Overberg identisch angelegt ist wie die Testanlage in Israel, von der Shavit-Raketen gestartet werden, einer für Raumtransporte modifizierten Version der ballistischen Rakete Jericho-II. Typ, Herkunft, südafrikanischer Eigentanteil und Leistungsdaten der gestarteten ballistischen Rakete ist nach wie vor unbekannt.

Außer der Testanlage verfügt Denel in der Kapregion auch noch über das Forschungs- und Entwicklungszentrum Houwteq in der Nähe von Bredasdorp mit 400 Beschäftigten, davon 75% Ingenieure und Wissenschaftler,[48] die Rooi Els Testanlage für Raketenmotoren in der Nähe von Hangklip und den Treibmittel-Hersteller Somchem in Somerset West. Das Vertrauen auf die inzwischen aufgebauten technologischen und industriellen Kapazitäten ist groß. Das wurde deutlich als die Testanlagen Ende Juli 1992 zum ersten Mal der Presse vorgeführt wurden. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Denel-Direktor Jacob van Wyk: "Wir untersuchen zur Zeit die Realisierbarkeit eines umfassenden Raumfahrtprogramms. Wenn wir die richtigen internationalen Partner finden, sollten wir in der Lage sein, in fünf Jahren den ersten Satelliten in den Orbit zu bringen."[49] Im demselben Artikel wird weiterhin berichtet, "daß das Land über 70% der technischen Fähigkeiten verfügt, die nötig sind, um einen Satelliten in eine niedrige Umlaufbahn zu bringen. Südafrika hat bereits drei Raketen von Overberg aus gestartet, die fehlerfrei hunderte von Kilometer über die Küste des Kaps zurücklegten." Van Wyk nannte eine Zahl von 5700 direkt und indirekt Beschäftigten in der westlichen Kapregion, die durch die weitere Durchführung des Raumfahrtprogramms auf 13300 ansteigen würde. Das Programm würde außerdem zu Exporteinnahmen von 400.000 Rand je Beschäftigten und einem durchschnittlichen Jahresumsatz von 565 Millionen Rand führen.[50]

Ende Dezember 1992 wurde ein russisches Angebot, südafrikanische Satelliten mit russischen Raketen, "die nicht länger für die nukleare Abschreckung benötigt

---

47 *UN Department of Disarmament Affairs*, South Africa's Nuclear-Tipped Ballistic Missile Capability, New York: United Nations 1991, S. 21-23.

48 Ebenda, S. 20.

49 "Cape-Based Space Dreams Await Lift-Off", in: The Star (Johannesburg) (31. Juli 1992); Willem *Steenkamp*, Cape Well Placed to Lead SA Space Boom, in: Weekend Argus (Cape Town) (1. August 1992), S. 18.

50 "Space Plan Set to Yield 13300 Jobs", in: The Cape Times (Cape Town) (19. Juli 1992), S. 13.

werden" zum Preis von 25 Millionen Dollar in den Orbit zu schießen, von Denel mit dem Hinweis auf das eigene Raumfahrtprogramm im Volumen von 5 Milliarden Rand abgelehnt.[51] Der Bericht enthält zudem einen Hinweis auf bereits bestehende Kooperationsbeziehungen zwischen Rußland und Südafrika im Bereich von Avionik und Aeronautik und die bereits erfolgte Lieferung einer MiG-29 zur technischen Prüfung.[52]

Der ANC hat anläßlich dieser Meldungen zum ersten Mal klare Stellung bezogen und "Rußland davor gewarnt, Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 nach Südafrika zu liefern, auch wenn die Waffen zu Raumfahrtzwecken umgebaut werden sollten. 'Das wäre eine klare Verletzung des vom UNO-Sicherheitsrat verhängten Waffenembargos' erklärte die Bewegung. Berichte über 'verschiedene Arten der militärischen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten seien sehr besorgniserregend'...Der ANC erklärte, Südafrika habe sich in aggressiver Weise als Regionalmacht etabliert und in Zusammenarbeit mit Israel auch Raketentechnologien entwickelt. Er fühle sich an keine Verpflichtung gebunden, die Südafrika bei diesem Geschäft eingehen könnte, wenn er nach demokratischen Wahlen die Regierung übernehme.[53]"

Es ist abzusehen, daß das auch für das von Denel verfolgte Raumfahrtprogramm gilt, insbesondere seitdem die USA darauf drängen, dieses Programm einzustellen.[54] Das Programm des ANC für eine künftige Forschungs- und Technologiepolitik enthält zwar keine direkten Hinweise, aber es setzt deutliche Schwerpunkte für die Ziele dieser Politik: Sie soll zur Entwicklung der ländlichen Gebiete und der Befriedigung der Grundbedürfnisse beitragen und insbesondere den Ausbau des Gesundheits-, Wohnungs-, Erziehungswesens und der Infrastruktur in ländlichen und städtischen Gebieten fördern.[55] Letzteres bezieht sich vor allem auf den Ausbau der Telekommunikationsnetze, der Wasser- und

---

51 "Russia to Aid SA with Satellites?", in: The Cape Times (28. 12. 1992), S. 1.

52 Über Absichten der südafrikanischen Regierung, die Mirage-Jagflugzeuge der SAAF durch MiG-29 zu ersetzen, wurde bereits im Juni 1992 berichtet; vgl. Peter *Pringle*, Pretoria May Buy MiG-29s, in: The Independent (London) (23. Juni 1992), S. 10.

53 "ANC warnt Rußland vor SS-20 Lieferungen an Südafrika", dpa-Telex 383 (21. Januar 1993).

54 Simon *Barber*, SA Missile Technology Could Hit IMF Loans, in: Sunday Times (Johannesburg) (21. Februar 1993), S. 11.

55 "Wenn ANC, SACP und Cosatu das Recht auf Arbeit und vergleichbare Grundrechte in der Verfassung verankern wollen, so ist das auf die Verweigerung jeder sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit in der Zeit der Rassentrennung zurückzuführen. Hier wirkt das Trauma gesetzlich sanktionierter Rechtlosigkeit fort. Wer sich die Resultate der Politik Pretorias in den Bereichen Erziehung, Arbeitsmarkt und Wohnungsbau vor Augen hält, wird nicht umhin können, dafür Verständnis aufzubringen." aus: Klaus *von der Ropp*/ Hans-Georg *Schleicher*, Die Aussichten Südafrikas nach dem Ende der Apartheid, in: Europa-Archiv, 46. Jg. (25. November 1992) Folge 22, S. 666.

Energieversorgung "für alle Südafrikaner",[56] d.h., da die von Weißen bewohnten Gebiete gut bis sehr gut versorgt sind, vor allem in den Townships und Homelands. Die vom ANC angekündigten "Programme der Rückverteilung, die die Grundbedürfnisse unseres Volkes befriedigen sollen",[57] werden massive Haushaltsumschichtungen unausweichlich machen.[58]

Es ist noch nicht absehbar, inwieweit davon auch die weitere Finanzierung des Nuklearprogramms betroffen ist. 1951 wurde Südafrika ein bedeutender Produzent von Urankonzentrat und einer der drei Hauptlieferanten für das Nuklearprogramm der Vereinigten Saaten.[59] Die Exporte werden über die von Minengesellschaften in Johannesburg gemeinsam betriebene Nuclear Fuel Corporation (NUFCOR) abgewickelt. Die USA lieferten 1965 auch den ersten Reaktor mit 20 Megawatt Leistung an Südafrika. 1965 ging der Forschungsreaktor der Atomic Energy Corporation, die für die nukleare Infrastruktur Südafrikas zuständig ist, in Betrieb. Als 1977 die USA die Lieferung von angereichertem Uran einstellten, konnte die Regierung in Pretoria bereits auf eine Urananreicherungsanlage in Valindaba in der Nähe von Pretoria zurückgreifen. Im August desselben Jahres ereignete sich auch der sogenannte Kalahari-Zwischenfall: Auf von amerikanischen Satelliten gemachten Aufnahmen wurde eine Anlage in der Kalahari-Wüste in der nordwestlichen Kapprovinz entdeckt, die Merkmale einer Testanlage für unterirdische Nuklearversuche aufwies.[60]

Die USA drängten Südafrika daraufhin, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen beizutreten und Inspektionen in der Anreicherungsanlage in Valindaba zuzulassen. Die Weigerung Südafrikas hat maßgeblich zum UN-Waffenembargo beigetragen und hatte außerdem zur Folge, daß die USA 1978 ein nationales Gesetz über Nichtverbreitung erließen, das Lieferungen von angereichertem Uran an Länder verbietet, die ihre Anlagen nicht unter die Aufsicht der IAEO stellen.

In den Folgejahren konzentrierte sich die AEC auf die Errichtung einer kommerziellen Anreicherungsanlage, um die Versorgung der zwei, aus Frankreich gelieferten Reaktoren von je 921 Megawatt in Koeberg bei Kapstadt sicherzustellen. Die Reaktoren wurden 1984 bzw. 1985 in Betrieb genommen und vorerst mit fran-

---

56 *African National Congress*, ANC Policy Guidelines for a Democratic South Africa as Adopted at National Conference 28-31 May 1992, o.O.: mimeo, S.67.

57 Ebenda, S. 21.

58 Bei der von de Klerk angestrebten Ausgestaltung des politischen Systems (de facto Veto-Recht der Weißen für eine Phase von mindestens 5 Jahren) wird es zwangsläufig zum Dauerstreit über die nötigen Umschichtungen kommen.

59 David *Fischer*, South Africa As a Nuclear Supplier, in: William C. *Potter* (ed.), International Nuclear Trade and Proliferation, New York: Lexington Books 1990, S. 273.

60 Siehe dazu Robert S. *Jaster*, Pretoria's Nuclear Diplomacy, in: CSIS Africa Notes, Nr. 88 (22. Januar 1988), S. 2 ff.

zöischen Brennelementen betrieben. Die neue Anlage zur Herstellung von 3,25% angreichertem Uran ging Anfang Februar 1990 in Betrieb, die Reaktoren in Koeberg werden seit April mit Brennelementen aus dieser Anlage betrieben. Die Anlage ist groß genug, um drei Reaktoren von je 1000 MW zu beschicken und die Betreibergesellschaft Uranium Corporation of South Africa (UCOR) bietet die überschüssigen Kapazitäten auf dem Weltmarkt an.[61] Weitere Atomkraftwerke sind nicht geplant und auch nicht nötig, denn nach der Vollendung des Kohlekraftwerks Kendal mit einer Gesamtleistung von 4050 Megwatt in der Nähe von Johannesburg, wird die bestehende Kraftwerksüberkapazität weiter vergrößert. Sie würde vermutlich ausreichen auch die 80% der Haushalte, die bisher nicht ans Stromnetz angeschlossen sind, mitzuversorgen.[62]

Südafrika, das erst im Sommer 1991 dem Nichtverbreitungsvertrag von 1967 beigetreten ist, ist dennoch schon lange Mitglied der IAEO. Der Beitritt der RSA zum NPT erfolgte nach jahrelangem internationalen Druck. Erst als 1987 der Ausschuß Südafrikas aus der IAEO von der Generalkonferenz erörtert wurde, reagierte Südafrika im September 1987 mit dem Angebot, dem Nichtverbreitungsvertrag beizutreten.[63] Das geschah schließlich unter der Regierung de Klerk im Juli 1991. Seitdem Inspektoren der IAEO die südafrikanischen Nuklearanlagen inspizieren, werden immer neue Vermutungen über den Umfang eines geheimen Atomwaffenprogrammes angestellt, für das es bisher neben dem Kalahari-Zwischenfall nur ein weiteres Indiz gab, den sogenannten Vela-Zwischenfall. Vela ist der Name eines amerikanischen Aufklärungssatelliten, der im September 1979 über dem Südindik zwischen Afrika und der Antarktis einen doppelten Lichtblitz meldete, wie er bei Atomexplosionen auftritt. Ein Memorandum des CIA aus demselben Jahr über diesen Vorfall wurde 1988 unter dem Freedom of Information Act freigegeben, aber erst im Dezember 1992 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Zeitgleich führte die Untersuchung der Forschungslabors der AEC in Palindaba durch IAEO-Inspektoren zu dem Ergebnis, daß "die gefundene Produktionstechnologie, Testgeräte und metallurgischen Ausrüstungen benutzt wurden um die spaltbaren Kerne (fissile core) von Atombomben herzustellen."[64] Die Experten der IAEO stellten zudem fest, daß in der Pilotanlage in Valindaba weit mehr als 200

---

61 Ebenda, S. 274.

62 "Achtzig Prozent der Südafrikaner haben noch keinen Stromanschluß", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (4. März 1993), S. 23.

63 *UN Department of Disarmament Affairs*, South Africa's Nuclear-Tipped Ballistic Missile Capability, S. 9.

64 Eddie *Koch*/ Paul *Stober*, SA Could Fuel 25 Nukes, Says Report, in: The Weekly Mail (Johannesburg) Vol. 8 (23. Dezember 1992) Nr. 52, S. 3.

kg hochangereichertes Uran produziert wurden.[65] Der ANC warf daraufhin der Regierung vor "mehr als 200 kg hochangereichertes Uran produziert zu haben, genug für 25 Sprengköpfe", und forderte: "Die von der Nationalen Partei gestellte Regierung muß jetzt Auskunft geben über den Umfang ihres Nuklearwaffenprogrammes. Die Fortsetzung der Politik der Geheimhaltung und Verunsicherung führt dazu, daß das Volk als Geisel einer möglichen nuklearen Bedrohung gehalten wird. Der ANC war lange dem Militarismus des Apartheid-Regimes ausgesetzt. Wir haben deutlich Stellung bezogen gegen den Bau, die Lagerung und den Einsatz von Nuklearwaffen.[66]"

Am 24. März 1993 kam Präsident de Klerk dieser Aufforderung nach.[67] Vor dem Parlament in Kapstadt erklärte er, daß insgesamt sechs Atomsprengkörper gebaut wurden, die inzwischen allesamt vernichtet worden seien. Bereits Anfang 1990 sei die Entscheidung gefallen, alle Sprengköpfe zu zerlegen und zu zerstören, das nukleare Material von Armscor zur AEC zurückzuführen, die Anlagen von Armscor zu entgiften und für ausschließlich nicht-nukleare kommerzielle Anwendung zu nutzen. Danach sollte die RSA dem NPT beitreten und alles nukleare Material sowie entsprechende Anlagen den internationalen Safeguards der IAEO unterstellen. Diese Entscheidung sei vollständig implementiert worden. Der Präsident bekräftigte außerdem, daß die RSA zu keiner Zeit Technologie oder Material für den Bau von Atomwaffen von anderen Staaten erhalten habe oder mit diesem Ziel mit einem anderen Land kooperiert habe. Das aus der Zerlegung der Nuklearsprengköpfe gewonnene Material solle in dem Reaktor Safari-I zur Ausweitung der Produktion radioaktiver Isotope für medizinische Zwecke eingesetzt werden, die zum großen Teil exportiert wird.

Diese Linie wurde auch von Außenminister Pik Botha am 20. März 1993 in Washington vertreten. Er schlug das Angebot aus, das hochangereicherte Uran Südafrikas zu ähnlichen Konditionen wie Rußland an die USA zu verkaufen.[68]

---

65 Mark *Hibbs*, IAEA believes South Africa produced more than 200 kg of high-enriched uranium, in: Nuclear Fuel Vol.17 (28. September 1992) No. 20, S. 1-3. Die erwähnte, von der UNO beauftragte Expertengruppe kam bereits 1990 zu dem Schluß, daß die Pilotanlage in Valindaba jährlich mehr als 14 kg zu 45% angereichertes Uran produzierte, als für den Betrieb des Forschungsreaktors Safari 1 benötigt wurde. "Dieser Überschuß steht im Mittelpunkt der Diskussion über Südafrikas nukleare Fähigkeiten, weil dieses zu 45% angereicherte Material direkt zur Herstellung von Nuklearwaffen verwendet werden kann." zitiert nach *UN Department of Disarmament Affairs*, South Africa's Nuclear-Tipped Ballistic Missile Capability, S.10.

66 Ebenda.

67 "Nuclear Non-Proliferation Treaty: Statement by the State President", in: RSA Nachrichten, Bonn: Südafrikanische Botschaft (25. März 1993), S. 1-6.

68 "South Africa: Building the Bomb", in: Africa Confidential, Vol. 34 (2. April 1993) No. 7, S. 8.

*III. Streitkräfte im künftigen Südafrika*

Die Schaffung einheitlicher, demokratisch kontrollierter Streitkräfte ist eines der zentralen Probleme des Übergangs der RSA zu einer parlamentarischen Demokratie, in der alle Bevölkerungsgruppen repräsentiert sind. Dieses Problem erhält seine besondere Dimension durch die Tatsache, daß es zur Zeit auf dem Gebiet der Republik nicht nur die nationalen, durch den Defence Act von 1957 legitimierten Streitkräfte, die SADF gibt, sondern außerdem noch die Streitkräfte der nur von der RSA anerkannten "unabhängigen Heimatländer" Transkei, Bophutatswana, Ciskei und Venda (TBCV-Staaten) sowie die militärischen Organisationen der Befreiungsbewegungen ANC, PAC und Azanian's People Organisation (Azapo). Diese militärischen Organisationen verfügen zwar über im Vergleich zur SADF nur relativ kleine Streitkräfte. Die Integration dieser Streitkräfte in die nationalen Streitkräfte des neuen Südafrika stellt jedoch ein nicht zu unterschätzendes Problem dar, dessen Lösung die Zukunft des Landes entscheidend mitbestimmen wird.

1. Integration der Streitkräfte außerhalb der SADF

Unabhängig davon, ob sich auch noch der Verdacht bestätigt, "illoyale Angehörige der Sicherheitskräfte - insbesondere solche des in der Ära des Staatspräsidenten P. W. Botha und seiner Verteidigungsministers Magnus Malan mächtig gewordenen militärischen Geheimdienstes - hätten in Boipatong die Hände im Spiel gehabt",[69] kann festgestellt werden, daß die bisher bekannt gewordenen Affären die Verhandlungen zwischen der regierenden Nationalen Partei und dem ANC über die Zukunft der SADF kaum belasten.

Im Zentrum der bisherigen Verhandlungen steht vor allem die Integration von Mitgliedern des ehemaligen bewaffneten Armes des ANC, (Speer der Nation) Umkhonto weSizwe (MK). Die Mitgliederzahl wird auf 8000 Mann geschätzt.[70] Nach der Legalisierung des ANC im Februar 1990 sind sie nach und nach zurückgekehrt und kämpfen "wie auch die zu Hause gebliebenen Anhänger um die Vorherrschaft an der Basis - immer öfter mit Waffengewalt."[71] Die Vorwürfe des Polizeiministers, daß die aus alten MK-Kämpfern rekrutierten Selbstverteidigungsein-

69 Klaus *Frhr. von der Ropp*: Südafrika zwischen Neordnung und Abgrund, o.O.: mimeo 1992, S. 17; Das Massaker in der Schwarzensiedlung Baipatong, wo 40 Menschen, darunter kleine Kinder von Anhängern der Inkatha Freedom Party im Juni 1992 ermordet wurden, nahm der ANC zum Anlaß, um die zweiten Verhandlungsrunde über die Konvention für ein demokratisches Südafrika (Kodesa 2) abzubrechen.

70 M. *Hough*, Selected Excerpts Regarding the Defence Force in a Future South Africa, in: Strategic Review of Southern Africa (Pretoria), Vol. 13 (November 1991), No. 2, S. 8.

71 "Südafrika: Die Sorgen mit den alten Kämpfern", in: IPS Dritte Welt Nachrichtenagentur. Das Feature von Eddie Koch aus Johannesburg vom 2. Juni 1992 beschreibt die Hintergründe des Mordes am Arbeiterführer der Metallgewerkschaft, Colbert King.

heiten gegen Angriffe von Inkatha-Kämpfern selbst zur Gewalt in den Townships beitragen,[72] wurde wenig später vom Generalsekretär der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) und früheren "Stabschef" des MK, Chris Hani, bestätigt. "Hani hat gesagt, daß Mitglieder des ANC politische Gegner ermordeten, wahllos auf vorbeifahrende Autos schössen und mit Autodieben paktierten. Mit der bisher schärfsten Selbstkritik hat Hani, der bis zur Wahl zum Führer der Kommunisten als einer der Kronprinzen des ANC galt, unabhängige Berichte bestätigt, vom ANC errichtete und mit Waffen versorgte "Selbstverteidigungseinheiten" seien an der Gewaltwelle besonders im Vaal-Dreieck südlich von Johannesburg maßgeblich beteiligt. Am Vorabend des angekündigten zweistündigen Generalstreiks bestätigte er in einem Gespräch mit einer Sonntagszeitung, der ANC habe die Kontrolle über diese Einheiten verloren."[73]

Nachdem in den ersten Monaten des Jahres 1991 führende ANC-Politiker erstmals zugegeben hatten, daß der MK im Exil über die Jahre mehrere hundert Abtrünnige in Lagern gefangen hielt, folterte und zum Teil tötete,[74] dauerte es noch ein Jahr, "bis der ANC nicht mehr anders konnte, als eine Untersuchungskommission einzusetzen." Als Mandela die Ergebnisse der Kommission vorstellte "nannte er die Vorgänge unentschuldbar und forderte, daß die Veranwortlichen nie wieder politische Macht ausüben dürften. Wer aber sind die Schuldigen? Ihre Namen wurden bisher nicht preisgegeben."[75] Seitdem Mandela 1962 zum bewaffneten Kampf gegen das Apartheidsystem aufrief, gehörten vor allem Bombenanschläge auf militärische und auch zivile Einrichtungen zu den bevorzugten "militärischen" Aktivitäten in diesem Kampf. Einige Bombenleger befinden sich unter den 420 "politischen" Gefangenen, deren Freilassung der ANC fordert.[76]

Deshalb hoffte wohl Präsident de Klerk, daß ein "Indemnitätsgesetz", das dafür sorgt, "daß alle während der Apartheid-Zeit begangenen Verbrechen straffrei bleiben, wenn der Täter sich hinter verschlossenen Türen einem Richter offenbart" vom ANC mitgetragen würde."[77]

---

72 Ebenda.

73 Robert *von Lucius*, ANC-Einheiten des Gewalt bezichtigt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (3. August 1992), S. 6.

74 So etwa unterschiedlich deminuierend, aber in Bezug auf das Faktum einstimmig: Mandela, der frühere Generalsekretär und jetzige Vorsitzende der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, Slovo, Tshwete, früher politischer Kommissar von MK und der Verfassungssprecher des ANC, Sachs. Siehe dazu Robert *von Lucius*, Der ANC wird alle Dissidenten aus dem Gefangenenlager Quatro im Norden Angolas freilassen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (5. April 1991), S. 7.

75 Klaus *Natorp*, Die Last mit dem "alten Südafrika", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (29. Oktober 1992), S. 12.

76 Robert *von Lucius*, Pretoria und ANC akzeptieren UN-Bericht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (10. August 1992), S. 5.

77 *Natorp*, Die Last mit dem "alten Südafrika".

Der ANC möchte diesen Schlußstrich unter die Vergangenheit aber erst unter einer nach allgemeinen Wahlen zustandegekommenen Regierung ziehen, in der er nach bisherigen Prognosen die Mehrheit haben wird. Dieser Schlußstrich unter die Vergangenheit könnte dann dazu benutzt werden, um die politische und militärische Führung der SADF endgültig zu entmachten. Daran kann dem ANC aber vorerst nicht gelegen sein, da er, demnächst in Regierungsverantwortung, auf eben diese SADF angewiesen sein wird, wenn es darum geht, Gruppierungen unter Kontrolle zu halten, die eine unter der Ägide von ANC und Nationaler Partei zustandegekommene neue Verfassung nicht akzeptieren und möglicherweise radikal bekämpfen werden. Deshalb wohl kann die militärische Führung unter General Liebenberg bis jetzt ohne deutlichen Widerspruch des ANC den Standpunkt vertreten, daß die SADF auch ohne grundlegende Reform des Defence Act die Streitkräfte des neuen Südafrika sein werden. Nach Liebenbergs bisherigen Äußerungen werden die Streitkräfte der TBCV-Staaten und Mitglieder paramilitärischer Gruppierungen wie Umkhonto weSwize aber auch rechter Organisationen in die SADF einbezogen werden.[78]

Das vom Premierminister Verwoerd, dem Architekten der "Grand Apartheid" entwickelte System ethnisch homogener "Unabhängiger Heimatländer" zielte darauf ab, "die schwarze Mehrheit in kleinere und weniger bedrohliche Einheiten aufzubrechen."[79] Zehn solcher unabhängiger Heimatländer waren geplant, doch bis 1990 hatten nur vier Regionen diesen Status erreicht. Jeder dieser Staaten hat sein eigenes Paraphernalgut an Staatlichkeit einschließlich eigener Streit- und Polizeikräfte. Basis der Streitkräfte bildeten ethnisch homogene Einheiten, die im weiter oben erwähnten 21. Batallion der SADF für diese Aufgabe ausgebildet wurden und bis zur Unabhängigkeit der SADF assigniert blieben. Später wurden aus ihnen dann die Streitkräfte des jeweiligen Homelands, die die SADF im Kampf gegen den ANC oder PAC auf ihrem jeweiligen Territorium unterstützten. "Die Regierungen der Homelands hatten wenig Einfluß über sie, obwohl sie im Verbund mit anderen Einheiten der SADF auf ihrem Territorium operierten und ethnisch homogen blieben."[80]

Der Umfang der Streitkräfte von Bophutatswana (2,3 Millionen Einwohner) liegt bei ca. 3100 Mann, der von Ciskei (1,0 Mio.) bei ca. 1000, von Transkei (4,3 Mio.) bei ca. 2000, von Venda (0,6 Mio.) bei ca. 900. Alle Streitkräfte bestehen aus

---

78 Nach einem Bericht des meistens gut informierten südafrikanischen Militärexperten Helmoed-Römer *Heitman*, South African Force Seeks to Reflect Political Changes, in: Jane's Defence Weekly (20. Juni 1992), S. 1062.

79 Gavin *Cawthra*/ Martin *Navias*, Apartheid Armies: South Africa's Homeland Forces, in: RUSI Journal Vol. 137 (December 1992) No. 4 , S. 15; dazu auch Greg *Mills*/ Geoffrey *Wood*, A Handfull of Armies: The Future Prospects of the Homeland Defence Forces, in: South African Defence Review, No. 5 (1992), S. 1-8.

80 Ebenda, S. 16.

einem mit gepanzerten Fahrzeugen und Mörsern ausgerüstetem Infanteriebataillon und einer Miniaturluftwaffe, in deren Inventar sich einige Transportflugzeuge und Hubschrauber finden.[81] Trotz des relativ geringen Umfangs sind die Streitkräfte der wichtigste politische Faktor in den TBCV-Staaten, von denen keiner von einem Militärputsch verschont blieb. Die Rückgliederung der TBCV-Staaten hängt jedoch davon ab, ob eine neue föderale oder regionale Struktur gefunden wird, die nicht nur von ANC und Nationaler Partei, sondern auch von den Betroffenen mitgetragen wird.

Nicht nur durch den Streit um Basen der militärischen Organisation des PAC, der Azanian People's Liberation Army (Apla) in Transkei wird deutlich, daß die Neugliederung in eine wie auch immer geartete föderale Struktur noch erheblichen Zündstoff birgt.[82] Auch der Chefminister von Bhophutatswana, Lucas Mangope, der durch einen Putsch an die Macht gekommene Führer der Ciskei, General Gqozo und der Präsident der Zulu-Bewegung Inkhata und Chefminister des Homeland KwaZulu widersetzen sich der von ANC und Regierung angestrebten Neuordnung, deren Grundzüge zudem zwischen diesen beiden Verhandlungspartnern und den anderen Parteien Südafrikas umstritten ist. So fordert etwa der inzwischen wegen seiner Kontakte zum ANC aus der Konservativen Partei ausgeschlossene Abgeordnete "Koos van der Merwe als Ergebnis von Codesa die Schaffung eines 'Afrikaaner Israel'. Dieser wohl in der westlichen oder nordwestlichen Kap-Provinz gelegene unabhängige Staat würde jene weißen Afrikaaner aufnehmen, die im übrigen, vom ANC dominierten Südafrika eine Zukunft für ihre Kinder und Kindeskinder nicht sehen.[83]"

Auch die von General Liebenberg vorgesehene Integration der Mitglieder von Umkontho weSizwe, der wie weiter oben zitiert aus der Kontrolle der ANC-Führung geraten ist, dürfte kaum reibungslos verlaufen. Liebenberg selbst stellt fest, "daß die Reduzierung des Streitkräfteumfangs dazu führt, daß die SADF nicht alle 12000 Offiziere und Mannnschaften der Homelands und die ANC-Mitglieder, die entsprechende Ausbildung erfahren haben und sich anschließen wollen, absorbie-

---

81 *IISS*, The Military Balance 1992-1993, London: Brassey's 1992, S. 210-211.

82 Der Streit um die Apla-Basen in der Transkei brach zum Jahresende 1992 aus. Der PAC hat im Unterschied zum ANC den bewaffneten Kampf nicht suspendiert. Nach der Ermordung von sechs Weißen in Kleinstädten entlang der Grenze zum Königreich Lesotho und Transkei machte die Regierung in Pretoria die Apla dafür verantwortlich und drohte mit grenzüberschreitenden militärischen Aktionen. Der Chefminister von Transkei, General Holomisa, machte im Gegenzug den MI dafür verantwortlich und forderte, daß die Goldstone-Kommission die Vorfälle in Transkei vor Ort untersucht. Die Regierung in Pretoria erklärte sich für nicht zuständig und forderte Holomisa auf, eine eigene Kommission einzusetzen und einen Bericht vorzulegen. Siehe dazu John *Perlman*, SA Won't Let Goldstone Probe Apla's Transkei Activities, in: Weekend Argus (Cape Town) (9./10. Januar 1993), S. 6.

83 Klaus *von der Ropp*, Codesa - Triumph und Ende des südafrikanischen Liberalismus?, in: Liberal 34. Jg. (August 1992) Nr. 3, S. 53.

ren kann. Er glaubt, daß etwa 6000 Mitglieder der Streitkräfte der Homelands einen Posten finden können."[84] Der frühere Kommandeur der MK, Hani hat bereits im Herbst 1991 vorgeschlagen, Mitglieder des MK, die nicht in die neuen Streitkräfte aufgenommen werden, für andere zivile Aufgaben umzuschulen. Die Unzufriedenheit der ehemaligen Kämpfer der MK, die sich als Sieger im Kampf gegen das Apartheidsystem fühlen, sich jetzt aber arbeitslos und verarmt in den Townships wiederfinden, ist so groß, daß nicht nur Hani eine Explosion befürchtet.[85] Sie ist wohl auch ein Grund für das Angebot de Klerks "die sogenannten Selbstverteidigungseinheiten außerparlamentarischer Gruppen zu Selbstschutzeinheiten umzuformen" und sie aus Haushaltsmitteln zu finanzieren.[86] Es bleibt abzuwarten, ob das Problem dadurch entschärft wird.

Das von General Liebenberg vorgeschlagene Integrationskonzept bedeutet außerdem nicht nur, wie weiter oben festgestellt, daß sich an der "rassischen" Zusammensetzung der SADF nichts grundlegend änderen wird, sondern auch daß vorerst ethnische Gruppierungen mit einem hohen Anteil an der schwarzen Bevölkerung wie etwa Zulus und Xhosas in den SADF weiterhin unterrepräsentiert bleiben. Ethnische Ausgewogenheit hat zwar von Seiten des ANC bisher keine Rolle gespielt, weil sich der ANC im Unterschied zur Inkatha nicht als Organisation der Xhosas begreift, obwohl der Großteil seiner Anhänger Xhosas sind. Der ANC hat sich bisher in diesem Punkt mit Stellungnahmen zurückgehalten. Die von der nationalen Konferenz des ANC Ende Mai 1992 angenommenen politischen Richtlinien für ein demokratisches Südafrika, gehen im entsprechenden Abschnitt über "Frieden und Sicherheit" auf diesen Punkt nur sehr kurz ein: "Die Streitkräfte sollen versuchen die Zusammensetzung der südafrikanischen Gesellschaft in Bezug auf Volkszugehörigkeit und Geschlecht (national and gender composition) wiederzuspiegeln."[87]

Ähnlich pragmatisch moderat klingen auch die Stellungnahmen des füheren Kommandeurs der MK und späteren SACP-Chefs, Chris Hani über die "neuen" Streitkräfte: "Wenn die Verhandlungen zu einer friedlichen Machtübergabe von der Minderheit an die Mehrheit führen, würde das deutliche Auswirkungen auf die Art und Weise haben, in der wir die neuen Streitkräfte organisieren. Das würde bedeuten, daß wir die voll ausgebildeten Streitkräfte SADF, TDF, UDF, BDF, CDF und andere erben. Jede parlamentarische Kommission würde deshalb bei der Ausarbeitung von Richtlinien für die neuen Streitkräfte die Realität der Existenz

---

84 *Heitman*, South African Force Seeks to Reflect Political Changes.

85 Siehe dazu Phillipa *Garson*, The Volatile Cocktail of Umkhonto's disillusioned Soldiers, in: The Weekly Mail (Johannesburg), Vol. 8 (13. November 1992) No. 46, S. 4-5.

86 Openening of Parliament: Speech of State President F. W. *de Klerk*, 29 January 1993, Cape Town: mimeo S. 11. In diesem Zusammenhang kündigte der Präsident die Bereitstellung von 10 Millionen Rand für solche Projekte an.

87 ANC Policy Guidelines, S. 79.

all dieser Streitkräfte berücksichtigen müssen." An anderer Stelle heißt es: "MK ist, wie auch immer, nicht der Lage gegen die gut ausgerüsteten und kraftvollen SADF anzutreten. Um sicherzustellen, daß der Zusammenschluß nicht bloß dazu führt, daß einige MK-Führer Führungspositionen in den weiter von den SADF dominierten Streitkräften führt, ist es eine der Prioritäten des MK Führungskräfte in Akadamien außerhalb Südafrikas auszubilden." Hani nennt an anderer Stelle als Ausbildungsländer Malaysia, Indien, Pakistan, Kanada und Großbritannien, also alles Länder mit britischer Militärtradition.[88]

Der moderate Flügel, der in den wichtigsten Entscheidungsorganen des ANC (ca. 500-600000 Mitglieder), dem National Working Committee (20 Mitglieder) und dem National Executive Committee (88 Mitglieder) die Mehrheit hat, setzt nach wie vor auf einen durch Verhandlungen herbeigeführten friedlichen Machtwechsel auch in dieser Beziehung. "Was die Moderaten möglichst schnell zu erreichen versuchen und was die Militanten am meisten fürchten, ist die anteilige Verwaltung (shared management) und gemeinsame Kontrolle der SADF. Wenn ANC und Regierung ein Übereinkommen über die Form und Modalitäten der neuen Streitkräfte erreichen, haben Radikale auf beiden Seiten - Weiße wie Schwarze - zu befürchten, daß sie Opfer des ersten Versuchs einer Übergangsregierung werden, sie auf gesetzlicher Basis zu zerschlagen."[89] Die gemeinsame Kontrolle der Streitkräfte in einer Übergangszeit macht Liebenberg deshalb folgerichtig abhängig von einer klaren Distanzierung des ANC vom bewaffneten Kampf,[90] den der ANC bisher formal nur vorübergehend ausgesetzt hat. Diese klare Absage an den bewaffneten Kampf könnte dann auch vom PAC, Azapo und der weißen, rechtsradikalen Afrikaner Weerstandsbeweging (Afrikaner Widerstandsbewegung (AWB) gefordert werden und bei Nichterfüllung zum Verbot dieser Organisationen führen. Die Einhaltung eines solchen Verbotes könnten die in counter-insurgency erfahrenen SADF und SAP wahrscheinlich durchsetzen, zumal beide über gut ausgebildete Nachrichtendienste verfügen. Das würde jedoch mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu einem langen, zermürbenden Guerilla-Krieg führen.[91] Damit sich aber im neuen Südafrika die Vergangenheit nicht unter veränderten Vorzeichen

---

88 *Hough*, Selected Excerpts Regarding the Defence Force in a Future South Africa, S.10-11.

89 "South Africa: The Battle for the Homelands", in: Africa Confidential, Vol. 33 (11. September 1992), S. 2.

90 Zit. nach *Heitman*, South African Force Seeks to Reflect Political Changes.

91 Nicht nur die AWB rüstet sich für diesen Fall: Ende Januar wurde ein von AWB-Mitgliedern in London angebahnter Ankauf von Waffen im Wert von 20 Millionen Pfund durch den britischen Geheimdienst verhindert. In der Presse wird auch zunehmend über Diebstähle von Waffen und Munition aus Depots der SADF durch Rechtsradikale sowie über Beziehungen zwischen der mozambikischen Guerillaorganisation Renamo und AWB bzw. anderen rechtsradikalen Gruppierungen berichtet. Vgl. Arthur *Gavshon*, London Gun-Runners Linked to AWB, in: The Weekly Mail (Johannesburg) Vol. 9 (8. Januar 1993) Nr. 2, S. 2.

wiederholt, müssen politische Kontrolle und Einsatzkonzeption der Streitkräfte verfassungsrechtlich neu geregelt werden.

2. Künftige Funktion und Kontrolle der Streitkräfte

Die ersten informellen Kontakte zwischen ANC und Mitgliedern der SADF über Fragen der Integration des MK in die SADF fand im Mai 1990 noch außerhalb der RSA in Lusaka statt. Die Ergebnisse der Konferenz wurden von zwei Kommissionen zusammengefasst. Es ist bemerkenswert, daß bereits auf dieser Konferenz Konsens über die Prinzipien für und die nötigen Übergangsschritte zu "neuen" Streitkräften errreicht werden konnte.[92] "Diese Streitkräfte:

- werden nicht-rassisch und für alle Bürger offen sein;
- haben als Hauptaufgabe den Schutz der territorialen Integrität der RSA;
- werden die demokratischen Grundwerte der RSA verteidigen und dem Parlament voll verantwortlich sein;
- werden Ernennungen und Rekrutierungen ausschließlich auf Grund von Verdiensten vornehmen;
- werden der Genfer Konvention und allen anderen internationalen Verträgen und Vereinbarungen verpflichtet sein, die die Kriegsführung regeln;
- werden eine professionelle Organisation mit hohen Effizienzstandards sein.
- Die RSA sollte sich verpflichten, eine nuklearwaffenfreie Zone in Afrika und den umgebenden Ozeanen zu entwickeln."

Als Voraussetzungen des Übergangs zu solchen "neuen" Streitkräften wurden folgende Schritte gesehen:

- Reduzierung der Verteidigungsausgaben;
- Reduzierung der Dienstpflicht in Büger- und Landwehr;
- Unterstützung entsprechender Aktionen durch die SADF;
- Einrichtung einer gemeinsamen Kommission, die für Integration und Aufbau der künftigen Streitkräfte zuständig ist;
- Ausbildung schwarzer Soldaten und Rekrutierung von Schwarzen mit höherer Schulbildung."

Konsens bestand zudem darüber, daß die neuen Streitkräfte nicht nur ein Produkt der Integration aller bisher in Südafrika existierenden Streitkräfte sein sollen, sondern der Beginn neuer, keiner politischen Partei verpflichteten Streitkräfte unter der strengen Kontrolle einer demokratisch gewählten Regierung.[93] In den bereits erwähnten politischen Richtlinien für ein demokratisches Südafrika des ANC sind in dem entsprechenden Abschnitt die obigen Prinzipien nicht nur aus-

---

92 Prinzipien und Übergangsschritte zit. nach der Presseerklärung der Konferenz in: *Hough*, Selected Excerpts Regarding the Defence Force in a Future South Africa, S. 3.

93 Ebenda, S. 4.

nahmslos aufgenommen, sondern auch durch eigene Forderungen ergänzt worden. So sollen etwa die Streitkräfte den Menschen- und Bürgerrechten (Bill of Rights) verpflichtet sein und die Rechte des Soldaten als Bürger respektieren. Es wird die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert, die Umorientierung auf einen defensiven Charakter und ebensolche Strategie sowie der Verzicht auf Einsätze als Polizeitruppe im Inneren außer in Notstandssituationen und mit ausdrücklicher Zustimmung des Parlaments.

Im Rahmen der bisherigen Verhandlungen über eine Konvention für ein demokratisches Südafrika standen vor allem aktuelle Fragen im Mittelpunkt der Beratungen der dafür zuständigen Arbeitsgruppe. So wurde etwa zwischen ANC und NP Einvernehmen erreicht über die Beibehaltung der 14-tägigen Haft ohne Gerichtsverfahren sowie der bestehenden Gesetze zur Verhängung des Ausnahmezustandes.[94] Das ist für die weiter oben angedeuteten, von SADF,NP wie ANC für möglich gehaltenen Entwicklungen von einiger Bedeutung.

Die Arbeitsgruppe 1 der Kodesa-Verhandlungen befaßte sich aber am 2. März und 8. Mai 1992 auch intensiv mit zwei Vorschlägen zur Konzeption und Aufgabenstellung der Streitkräfte und der politischen Kontrolle der Verteidigung in einem demokratischen Südafrika.[95] Die inzwischen vorliegende, überarbeitete Fassung dieser Vorschläge ist das bisher umfassendste Reformkonzept der südafrikanischen Wehrverfassung. Es nimmt nicht nur die bisher im Rahmen der Codesa erreichten Übereinkünfte auf, sondern verbindet sie, ausgehend von der Konzeption des "Bürgers in Uniform" zu einem verfassungsrechtlich und institutionell kohärenten Gesamtentwurf der Kontrolle und Führung der Streitkräfte in der Übergangszeit als auch im "neuen" Südafrika.

Während der Kodesa-Verhandlungen wurde bereits Übereinkuft darüber erzielt, daß ein Mehrparteien-Verteidigungsausschuß (Multi-Party Defence Committee MPDC) Bestandteil der exekutiven Struktur der Übergangszeit sein soll. Nach den Vorstellungen des Institute for Defence Policy IDP, soll jedoch der MDPC nicht nur die Funktion haben, Chancengleichheit bei der Vorbereitung von Wahlen herzustellen, sondern die politische Kontrolle der SADF vom Verteidigungsministerium übernehmen. Die operationelle Kontrolle bliebe hingegen dort. Der MDPC soll alle Parteien in die Verantwortung einbeziehen, also etwa auch die Inkatha Freedom Party IFP. Der MPDC soll von einem Verteidigungsrat (Council of Defence) beraten werden, einem Ausschuß nicht parteigebundener Experten. Beide Institutionen hätten sich mit folgenden Fragestellungen zu befassen:

---

94 "South Africa: The Battle for the Homelands".

95 Jakkie *Cilliers*/ Paul-Bolko *Mertz*, Concept and Role of Armed Forces and Political Control of Defence in a Democratic South Africa, South African Defence Review, A Working Paper Series, No. 8 (1993), 48 S. Die Autoren, ehemalige Offiziere der SADF, sind Direktoren des Institute for Defence Policy, eines unabhängigen, von südafrikanischen Industriestiftungen, aber auch von der Hanns-Seidl-Stiftung finanzierten Forschungsinstituts.

- Definition der Konzeption von Streitkräften in einer Demokratie;
- Einrichtung und Überwachung der Implementierung vorübergehender und endgültiger parlamentarischer Kontrollstrukturen, dazu zählen u.a. ein Wehrbeauftragter;
- Aktualisierung und Ausweitung des gegenwärtigen Verhaltenscodex (code of conduct) und die mögliche Ergänzung durch einen Treueeid auf die demokratische Verfassung;
- Umschulung bzw. Umorientierung aller Mitglieder der künftigen Streitkräfte nach obigem Kodex;
- Streitkräfteplanung, Integrations-, Demobilisierungs-, Ausbildungsprogramme und Überarbeitung der bisherigen Wehrverfassung von 1957;
- künftige Rolle und Struktur des militärischen Nachrichtenwesen und der militärischen Sonderverbände;
- internationale Beteiligung und Unterstützung in den oben genannten Bereichen, wenn angemessen und wünschenswert.[96]

Die praktischen Implikationen des Konzepts können nicht weiter ausgeführt werden.[97] Zum größten Teil lassen sie sich aus den bisherigen Ausführungen derivieren. Die im institutionellen Zusammenhang angeführten Fragestellungen zeigen beispielshaft nicht nur wie vielschichtig die Probleme des Übergangs in diesem Bereich sind und wie komplex die zu findenden Lösungen. Sie zeigen auch, daß die Abwesenheit demokratischer Kontrolle von Streitkräften ein wichtiger Indikator für die Militarisierung einer Gesellschaft bzw. eines Staates ist. Internationale Unterstützung für die RSA, etwa die Abschaffung der Finanzsanktionen, sollte auch die Demokratisierung der Wehrverfassung zur Meßlatte machen.

### *IV. Perspektiven für die Übergangszeit*

#### 1. Streitkräfte und Rüstungsindustrie

In der Rede zur Eröffnung der Sitzungsperiode des Parlaments am 29. Januar 1993 in Kapstadt hat Staatspräsident de Klerk drastisch ausgedrückt vor welcher Alternativen Südafrika steht: "Jeder Südafrikaner ist vor die Wahl gestellt, entweder den verfassungsrechtlichen Wandel und alles was für seine erfolgreiche Umsetzung nötig ist zu unterstützen, oder sich in die Wagenburg zurückzuziehen und auf einen bewaffneten und blutigen Kampf vorzubereiten. Die schlichte

96 Ebenda, S. 19; die internationale Beteiligung und Unterstützung bezieht sich auf die Hinzuziehung von ausländischen Beratern.

97 Ebenda, S. 26-35.

Wahrheit ist, daß ein Scheitern der Verhandlungen einen verheerenden Krieg zur Folge haben wird."[98]

Dieser deutlichen Warnung an die Mitglieder des weißen Parlaments folgte die Ankündigung von Mehr-Parteien-Gesprächen im März, denen die Bildung eines exekutiven Übergangsrates (Executive Transition Council) im Juni und eine neue Übergangsverfassung im September folgen sollten. Dieser Zeitplan wurde vorher mit dem ANC und der IFP in fünftägiger Klausur besprochen, zu einer Einigung mit dem ANC kam es dann Mitte Februar 1993. Letztere sah im September Wahlen zu einer Übergangsregierung "der nationalen Einheit" vor. Diese Übergangsregierung, die bis 1998 im Amt bleiben soll, basiert nach Aussage des Chefunterhändlers des ANC, Mohammed Moss, "auf dem Prinzip der Mehrheitsherrschaft. Die Mehrheitspartei wird den Präsidenten wählen. Die anderen Parteien werden in Proportion zur Zahl der Wählerstimmen vertreten sein. Wenn die Konservative Partei 10% der Wählerstimmen erreicht, wird sie 10% der Kabinettssitze erhalten."[99]

Dieser Zeitplan konnte nicht eingehalten werden. Erst am 3. Juni 1993 gelangten die 26 Parteien die an den Verhandlungen teilnahmen, unter dem starken Druck der ANC-Jugendliga, von Cosatu und SACP zu einer Übereinkunft üner den Termin für die ersten freien Wahlen: sie sollen Ende April 1994 durchgeführt werden.[100] Vor der Verabschiedung einer Verfassung durch ein neugewähltes Parlament soll durch das Mehrparteienforum eine Übergangsverfassung verabschiedet werden. Diese Verfassung wird die Rechte der Regionalregierungen in der Übergangszeit bestätigen. Das Mehrparteienforum nahm eine Liste mit 14 Verfassungsprinzipien zur Struktur und den Befugnissen der Regionen an. Damit wurde zugleich der Weg frei für den Beschluß, sechs Homelands wieder nach Südafrika einzugliedern.

Unklar ist jedoch nach wie vor, wie eine Übereinkunft über die Aufteilung der Macht in der im April 1994 zu wählenden "Regierung der nationalen Einheit" aussehen soll. Diese Frage bezieht sich weniger auf den Stimmanteil, durch die eine Partei Anspruch auf einen Sitz im Staatsrat (council of state) erwirbt,[101] als vielmehr auf die Fragen, die vom Staatsrat im Konsens entschieden werden sollen. Nach den Vorstellungen des ANC soll Konsens nur nötig sein, wenn Entscheidung

98 Openening of Parliament: Speech of State President F W de Klerk, 29 January 1993, Cape Town: mimeo, S. 13-14.

99 "Rush to Elections Possible as NP-ANC Agreement Falls into Place", in: Southscan, Vol. 8 (19. Februar 1993) No. 7, S. 50.

100 Robert *von Lucius*, Freie Wahlen in Südafrika im April?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (4. Juni 1993), S. 6.

101 Inzwischen scheinen sich ANC und NP darauf geeinigt zu haben, daß jede Partei, die mehr als 5% der Stimmen erhält, für jeweils 5% Stimmenanteil einen Kabinettssitz erhält. Vgl. Phillip *van Niekerk*, Slowly Negotiating a Marriage of Mixed Minds, in: Weekly Mail, 21. May 1993, S. 6.

anstehen wie etwa eine Kriegserklärung oder die Verhängung des Ausnahmezustands.[102] Präsident de Klerk will Konsens jedoch zur Voraussetzung eines breiteren Spektrums von Entscheidungen machen und dies auch in der Verfassung verankert sehen. Dadurch würde eine Mehrheitsherrschaft auch über die Übergangszeit hinaus verhindert.

Es ist erstaunlich, daß die Verhandlungen zwischen den 26 Parteien trotz des Mordes an Chris Hani, dem Generalsekretär der SACP am 10. April 1993 und den darauf folgenden Krawallen, dem Massaker in der Township Sebokeng und der Neuformierung und Mobilisierung der Rechten unter Führung von ehemaligen Generälen erfolgreich abgeschlossen wurden. Damit scheint die Gefahr eines vollen Bürgerkrieges zwischen rivalisierenden Gruppen der Rechten und der Linken vorerst begrenzt. Die Gefahr eines "Südafrikanischen Sarajewo"[103] ist aber damit nicht gebannt. Sie wird wahrscheinlich ständiger Begleiter der Verhandlungen über die regionale Neuordnung, die "Rückverteilung"[104] von Land und Staatsausgaben zu Gunsten der Schwarzen und die Rechte der weißen Minderheit, insbesondere der Afrikaaner auf Selbstbestimmung bleiben.

Die Drohungen des Generals Tienie Groenewald, einen weißen Burenstaat im nördlichen Transvaal möglicherweise mit Gewalt zu errichten, wenn das nicht durch Verhandlungen möglich ist, sind ernst gemeint und ernst zu nehmen. Das insbesondere, seit sich das Ende April 1993 gebildete "Committee of Generals", dem Tinie Groenewald angehört, darum bemüht, den rechten Flügel der Afrikaaner zu kontrollieren.[105] Die Vorstellungen über die Lage eines solchen Staates (Westland in der nördlichen Kapprovinz oder Ostland im Transvaal), den Grad seiner Autonomie oder seine ethnischen Grundsätze sind innerhalb der rechten, weißen Gruppierungen (Afrikaner Volksunie, Afrikaner Volksfront, Boerevryheidsbeweging, Afrikaner Weerstandsbeweging) jedoch sehr unterschiedlich.[106] Das dürfte auch auch für die Wahl der Mittel gelten. Groenewalds Verweis darauf, daß er die Unterstützung nicht der aktiven SADF, aber von 200000 Kom-

---

102 Andrew *Gowers*/ Michael *Holman*/ Patti *Waldmeir*, One Firm Hand on the Tiller, in: Financial Times (26. Mai 1993), S. 14.

103 Anthony Hazlitt *Heard*, Toward a South African Sarajevo?, in: International Herald Tribune (25. November 1992), S. 6.

104 Vgl. dazu R. W. *Johnson*, The Problems of Redistribution, in: The Argus (Cape Town) (29. Dezember 1992), S. 29.

105 Zum "Committee of Generals" gehören u.a.: General Constand Viljoen, früher Kommandeur der SADF, Generalleutnant Lothar Neethling, früher stellvertretender Chef der SA Police, Generalleutnant Cobus Visser, früher Chef des Geheimdienstes CID, General Koos Bischoff, früher Kommandeur des Heeres und General Tinie Groenewald, früher Chef des militärischen Nachrichtendienstes, nach Weekly Mail (30. April 1993), S. 2.

106 Jan *Taljaard*, Short-lived Day of the Generals?, in: Weekly Mail (14. Mai 1993), S. 2.

mandeuren und Soldaten der insgesamt 500000 Reservisten habe,[107] muß auch unter diesem Aspekt gesehen werden. Die Verwirklichung seiner Drohungen würde jedoch nicht nur für die Afrikaaner sondern für alle Weißen in Südafrika verheerende Konsequenzen haben. Ein bewaffneter Aufstand der weißen Minderheit würde sich nicht nur einer radikalisierten schwarzen Mehrheit gegenübersehen, sondern auch der Intervention der Nachbarstaaten oder internationaler Streitkräfte. Abgesehen davon, daß sich die Zulus als die Serben Südafrikas sehen,[108] ist am Vergleich General Groenewalds mit der Situation in Bosnien nur richtig, daß sich die Weißen in absehbarer Zeit in der Rolle der bosnischen Muslime befänden. Die Rechte ist nämlich nicht nur zahlenmäßig weit unterlegen, sondern zudem über das ganze Land verstreut und hat ihre Hochburgen in ländlichen, nur schwer zu verteidigenden Gebieten. Es ist schwer vorstellbar, daß sie in der Luftwaffe, in der Südafrikaner englischer Abstammung dominieren, Unterstützung finden.

Auch deshalb nimmt die SADF eine Schlüsselrolle ein. Auch wenn ANC und Regierung sich auf eine, wie oben beschriebene gemeinsame Kontrolle des SADF und eine neue Wehrverfassung einigen, wird sich die Struktur der SADF nur langfristig verändern. Eine Übergangsregierung unter Führung des ANC wird mit diesem Machtfaktor noch länger rechnen müssen, aber diesen Machtfaktor auch einsetzen können, wenn es darum geht, die "Sarajewo-Gefahr" einzudämmen. Chris Hani, hat zwar daraufhingewiesen, daß die vom ANC angestrebte Umstrukturierung der SADF "feinfühlig" zu behandeln sei, wenn eine Rebellion verhindert werden soll, zugleich aber die Möglichkeit eines Putsches ausgeschlossen: "Die Wirtschaft würde einen Putsch nicht unterstützen."[109] Nach der Ankündigung eines milliardenschweren Hilfspaketes durch die USA[110] dürfte das auch für die Möglichkeit eines Putsches durch rechtsextreme Gruppen in Verbindung mit Teilen der SADF gelten.

---

107 Groenewald: Wenn eine künftige Regierung den Sicherheitskräften befehlen sollte, die Abspaltung mit militärischen Mitteln zu beenden, dann wird sie ein Problem haben. Frage: Weil die meisten Soldaten auf Ihrer Seite sind? G.: Nicht die etwa 40.000 Weißen im stehenden Heer, sondern die 500.000 Reservisten. Viele von ihnen haben in Angola und Südwest gekämpft. Wir haben die Untersützung von etwa 200.000 Kommandeuren und Soldaten der Reserveeinheiten. Frage: Droht in Südafrika ein Bürgerkrieg um Territorien? G.: Wenn das Konzept des unabhängigen Staates nicht akzeptiert wird, dann wird es ein Jugoslawien am Kap geben, Bosnien in Afrika. Interview in: Der Spiegel (31. Mai 1993), S. 177.

108 "We are the Serbs of South Africa" erklärte Joe Matthews, Vorstandsmitglied der IFP, ohne eine Spur von Ironie auf einer Pressekonferenz im Gefolge der Mehrparteienverhandlungen. Zit. nach *Taljaard*, Short-lived Day of the Generals?

109 "ANC Confident the Military Top Brass Will Come to Heel", in: Southscan (19. Februar 1993), S. 51.

110 Arthur *Gavshon*/ Eddie *Koch*, Billions Will Flow in - if Violence Stops, in: Weekly Mail (14 May 1993), S. 5.

Solange aber die SADF im Übergangsprozeß diese Schlüsselrolle einnimmt sind drastische Kürzungen des Streitkräfteumfangs und der Verteidigungsausgaben wenig wahrscheinlich. Die offiziellen Statistiken der Militärausgaben sind, wie bereits dargestellt sehr unscharf. Dennoch kann für die letzten Jahre ein starker Rückgang der Verteidigungsausgaben festgestellt werden. Ob dieser Rückgang seit 1989 tatsächlich 38% erreicht[111], kann nicht verifiziert werden. Da bis auf die oben erwähnten Abstriche am Streitkräfteumfang weitere vorerst nicht geplant sind und der ANC sich bisher nicht festgelegt hat, kann erwartet werden, daß sich diese Ausgaben in den kommenden Jahren etwas unter dem Niveau der letzten Jahre einpendeln werden. Das dürfte dann auch für die Beschaffung, Instandhaltung und Neuentwicklung von Waffen und Gerät gelten. Nach Angabe des Finanzchefs der SADF, Vizeadmiral Paul Murray, wurden 1992 dafür 4,3 Milliarden Rand (etwa 2,5 Mrd. DM) aufgewendet. Für das Haushaltsjahr 1993/94 sind für das Special Defence Account, aus dem die verteidigungsintensiven Ausgaben bestritten werden, 3,7 Milliarden Rand angesetzt.[112] Der größte Teil dieser Ausgaben ging und geht wohl an Denel. Deshalb ist wenig wahrscheinlich, daß die Absichterklärungen des ANC wie auch von Denel, die militärische Produktion zu konvertieren in den nächsten Jahren realisiert werden. Das gilt ebenso für die Absichtserklärungen des ANC bezüglich der Rüstungsexporte. Der ANC hat bereits angekündigt, eine Aufhebung der verbliebenen Wirtschaftssanktionen noch vor den geplanten Wahlen zu unterstützen.[113] Nach dem Amtsantritt der Übergangsregierung könnte eine Aufhebung des UN-Waffenembargos folgen. Es bleibt fraglich, ob der ANC in der Regierungsverantwortung angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage auf die beträchtlichen Deviseneinahmen aus Rüstungsgeschäften verzichten wird. Andererseits werden sich die Erwartungen des Managements von Denel, durch Rüstungsexporte die militärische Produktion langfristig zu stabilisieren wohl kaum in dem erhofften Umfang erfüllen. Das Volumen des Weltrüstungsmarktes ist seit 1987 von 64,5 auf 28,8 Milliarden Dollar zurückgegangen[114] und zugleich hat der Exportdruck aus den industrialisierten Ländern stark zugenommen.

Vor diesem Hintergrund sind Exporterfolge etwa im Nahen und Mittleren Osten kurzfristig denkbar. Mittelfristig ist jedoch eine gezielte Konversionspolitik nötig, wenn die industrielle Basis erhalten und eine Verstärkung des gegenwärtigen Emmigrationstrends[115] verhindert werden soll. Die Abwanderung hochspezia-

---

111 "SADF Still Spending R200m on Intelligence", in: Southscan (19. Februar 1993), S. 51.

112 Helmoed-Römer *Heitman*, Equipment Dilemma Looms as South African Budget is Cut, in: Jane's Defence Weekly (10. April 1993), S. 19.

113 "Oil, Trade and Finance Sanctions Set to Go Soon", in: Southscan (19. Februar 1993), S. 49.

114 Nach Schätzungen des CIA, zit. nach David *Silverberg*, Amid Sales Flurry, Nations Pursue Arms Curb, in: Defence News (Washington) (5. Oktober 1992), S. 4.

115 Vgl. "Young Whites Plan Exodus: 250.000 Consider Emigrating", in: Cape Times (Cape Town) (11. Januar 1993), S. 4.

lisierter Nuklear- und Raketentechniker, die zudem schwer zu kontrollieren wäre, weil ein großer Teil der englischstämmigen Südafrikaner britische Pässe hat, könnte die bereits bestehenden Probleme der Proliferation verschärfen.[116] Auch deshalb bedarf die Aufhebung des Waffenembargos flankierender Maßnahmen, dazu gehört insbesondere die Einbindung des bei Denel akkumulierten technologischen Potentials in die internationale Arbeitsteilung. Die Voraussetzungen dafür sind in Südafrika günstiger als in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion oder den osteuropäischen Staaten.

## 2. Regionale Sicherheit und Rüstungskontrolle

Mit dem Ende der Apartheidpolitik und der damit verbundenen Destabilisierungspolitik der RSA im südlichen Afrika hat sich die regionale Sicherheitsstruktur grundlegend verändert. Die äußere Bedrohung der RSA ist ebenso verschwunden wie die Bedrohung der Nachbarstaaten durch die RSA. Die SDAF, die stärkste Militärmacht in Afrika südlich der Sahara, ist jedoch nach wie vor den Streitkräften aller anderen Staaten der Region weit überlegen.

Trotz der offensichtlichen Disparitäten wurden bisher die Möglichkeiten einer Neuordnung der regionalen Sicherheitsstruktur und Rüstungskontrolle nur wenig untersucht. Die bisher verfolgten Ansätze orientieren sich an der KSZE und zielen analog auf eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Südlichen Afrika.[117] Dabei bestehen allerdings deutliche Vorbehalte gegen die Eignung der KSZE "als Modell für regionale Kooperations- und Sicherheitsstrukturen in Afrika und der Dritten Welt."[118] Das insbesondere deshalb, weil die KSZE über für Afrika wichtige Fragen "wie Minderheitenschutz, Regelung ethnischer Konflikte etc. keine Regelungen enthalten hat. Um diese bemühte man sich erst in der KSZE der zweiten Phase, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (Charta von Paris etc.)." Die Erfolglosigkeit der KSZE gerade in den für das südliche Afrika zentralen Gebieten wie ethnische Konflikte und Minderheitproblemen ist inzwischen

---

116 Einige Beobachter zweifeln daran, daß sich der ANC an seine Vorgaben bezüglich der nuklearen Abrüstung halten wird, wenn er einmal Regierungsverantwortung übernommen hat und schließen eine Weitergabe an Länder, die wie Irak, Libyen, Nigeria oder die PLO, den Befreiungskampf unterstützt haben, nicht aus. Vergleiche dazu etwa: Joachim *Krause*/ Klaus *Frhr. von der Ropp*, Das neue Südafrika: Sicherheitspolitische und politische Aspekte, in: Aussenpolitik, 42. Jg. (1991), Nr. 1, S. 95-97.

117 Etwa Greg *Mills*/ Christopher *Clapham*, Southern African Security After Apartheid: A Framework for Analysis, Centre for Southern African Studies: Southern African Perspectives Nr. 8 (April 1991); Bernhard *Weimer*, Eine "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Südlichen Afrika - Zusammenfassung der Ergebnisse des "Workshop on Cooperation and Security in Post-Apartheid Southern Africa", Maputo, 3. bis 6. September 1991, unveröffentlichtes Manuskript, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Dezember 1991.

118 So etwa bei Winrich *Kühne* in: Bernhard Weimer: Eine "Konferenz..", S. 29.

offensichtlich. Das schließt jedoch nicht aus, daß der Prinzipienkatalog einer KSZSA gewisse Analogien zur KSZE haben könnte. Etwa in folgenden Bereichen:

- "Respektierung der Menschenrechte sowie Einrichtung einer regionalen rechtlichen Institution zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte mit direktem Zugang zum afrikanischen Menschenrechtsgerichtshof;
- verbriefter Schutz von grundlegenden Rechten von Minderheiten;
- Vereinbarungen über die Bewegungsfreiheit von Arbeitskräften in der Region;
- Mechanismen und Insitutionen zum regionalen Konfliktmanagement, insbesondere die Einrichtung eines regionalen 'peacekeeping'-Sekretariats, das gegebenenfalls die Bereitschaft und den Einsatz nationaler Einheiten in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen koordiniert;
- schrittweise ausgehandelten Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen in bestimmten sensiblen Bereichen, zum Beispiel hinsichtlich südafrikanischer 'cross-border'-Kapazitäten;
- der Schaffung eines regionalen Rahmens zur Überprüfung und gegenbenenfalls Abschaffung des südafrikanischen Nuklearpotentials;
- der Behandlung der Frage der Zukunft von Armscor und Schaffung von Transparenz im Handel mit Rüstungsgütern;
- Thematisierung der Reduzierung von assymetrischen wirtschaftlichen Interdepenzen in der Region."[119]

Die Voraussetzungen diese Prinzipien auf regionaler Ebene zu verankern scheinen günstiger, als auf kontinentaler Ebene: Die Umsetzung der Erklärung von Kampala im Rahmen der Organisation für Afrikanische Einheit[120] dürfte wesentlich schwieriger sein, als etwa im Rahmen der Southern African Development Community (Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika). Sie ersetzt seit August 1992 die vor zwölf Jahren von den sogenannten Frontstaaten gegründete Southern African Development and Cooperation Conference (Konferenz zur Entwicklungskoordinierung im Südlichen Afrika). Die RSA ist zwar noch nicht Mitglied der Organisation, der Angola, Sambia, Zimbabwe, Tansania, Mosambik, Botswana, Namibia, Lesotho, Malawi und Swaziland angehören. Da die Mitglieder und ANC wie PAC, die auf der Gründungskonferenz durch den Generalsekretär Cyril Ramaphosa bzw. den Präsidenten Clarence Makwetu als Beobachter im Range von Staatspräsidenten teilnahmen, einen Beitritt wünschen, wird diesem nach dem Amtsantritt der Übergangsregierung nichts im Wege stehen. Der Gründungsvertrag der SADC sieht nicht nur eine Angleichung der Volkswirtschaften vor, sondern auch die Entwicklung gemeinsamer politischer Werte, Systeme und

---

119 Ebenda, S. 30.

120 Vgl. dazu Laurie *Nathan*, Towards a Conference on Security, Stability, Development and Cooperation in Africa, Centre for Southern African Studies: Southern African Perspectives Nr. 13 (Mai 1992).

Insitutionen, die Förderung von Frieden und Sicherheit, die Abstimmung nationaler und regionaler Strategien und Programme sowie die Harmonisierung der Außenpolitik. Der Vertrag verpflichetet seine Mitglieder zudem, niemanden wegen seiner politischen Ansichten, seiner Herkunft, Religion oder Kultur zu diskriminieren und legt damit die Basis für eine regionale Menschenrechtspolitik.

*Tabelle 3: Militärisches Kräfteverhältnis in der Region*

| | Personalstärke in 1000: | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Heer | Luft-waffe | Marine | Paramil.u. Reserven | Gesamt | Panzer u. Kampffz. | Kampf-flugz. |
| Angola | 120 | 6 | 1,5 | 7 | 134,5 | 650 | 153 |
| Botswana | 6 | 0,1 | 1 | 7,1 | 52 | 5 | |
| Lesotho | 2 | | | 2 | 18 | | |
| Malawi | 10,5 | 0,1 | 0,1 | 6 | 16,7 | 43 | 4 |
| Mosambik | 45 | 4 | 1,2 | 5 | 55,2 | 420 | 51 |
| Namibia | 7,4 | | 0,1 | | 7,5 | | |
| Sambia | 20 | 4 | | 1,4 | 25,4 | 161 | 52 |
| Simbabwe | 46 | 2,5 | | 21 | 69,5 | 274 | 48 |
| Tansania | 45 | 1 | 0,8 | 111,5 | 158,3 | 247 | 28 |
| Zaire | 26 | 1,8 | 1,3 | 35 | 54,1 | 474 | 25 |
| Gesamt | 327,9 | 19,5 | 5,0 | 187,9 | 540,3 | 2339 | 366 |
| RSA | 49,9 | 10 | 4,5 | 635 | 699,4 | 4850 | 156 |

Zusammengestellt nach *IISS*, The Military Balance 1992-1993.

Da diese Organisation in einigen Bereichen bereits auf eine Relativierung der nationalstaatlichen Souveränität zielt, ist unter ihrem Dach auch die Schaffung von Mechanismen und Institutionen zum regionalen Konfliktmanagement eher denkbar als im kontinentalen Rahmen. Auch wenn die weitere Entwicklung skeptisch beurteilt wird,[121] über die SADC könnten auch die Staaten Westeuropas entweder durch die Europäische Gemeinschaft wie auch bilateral die Zukunft der regionalen Zusammenarbeit auch im Bereich von Sicherheit und Rüstungskontrolle beeinflußen.

121 Vgl. dazu "SADCC-SADC", in: Africa Research Bulletin, Vol. 29 (16. August - 15. September 1992), Nr. 8, S. 10941-10942.